

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postscheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postscheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750 - 6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freimschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Der sozialdemokratische Parteitag

F. K. Schwerlich ist ein sozialdemokratischer Parteitag mit so großer Spannung erwartet worden, wie dieser. Freunde wie Gegner der Sozialdemokratie erwarteten von der Leipziger Tagung die Erfüllung ihrer Wünsche. Die Gegner glaubten, es werde dort zu heillosem Streit und zur Spaltung kommen; die Freunde erwarteten von dort Klärung der Streitfragen und bedeutsame Entscheidungen für das künftige Tun der stärksten Partei Deutschlands. Alle Seiten konnten sich der Tatsache nicht verschließen, daß sehr viel von den Beschlüssen des Kongresses für das Wohl und Wehe der deutschen Republik und seiner Arbeiterschaft abhängt. Uns Gewerkschafter im besonderen lag äußerst viel daran, zu vernehmen, wie die oberste Stelle unserer politischen Vertretung über die Milderung der Wirtschaftskrise und über die bisherige wie künftige Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen von Reichstag und Regierung dachte.

Dem Parteitag ging eine Kundgebung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft voraus. Die Messestadt stand am Sonntag, dem 31. Mai, vollkommen im Zeichen dieses proletarischen Aufmarsches. Aus vielen Orten Deutschlands waren Genossen zu Hauf gekommen. In den ersten Nachmittagsstunden wälzten sich unbändige Züge mit Musikchören und Fahnen dem Messeplatz zu. Hier wurden von Vertretern der Internationale Ansprachen gehalten. Dann zogen die Massen in Achterreihen abermals durch die Stadt dem Volkshaus zu. Stundenlang war dieser Zug. Seine Teilnehmerzahl wird auf ein bis anderthalb Hunderttausend geschätzt.

Was uns Gewerkschafter hauptsächlich am Herzen lag, war, wie schon erwähnt, die Stellungnahme des Parteitages zur kapitalistischen Wirtschaftsanarchie. Diese alles beschattende Frage stand am Anfang der fünftägigen Beratung. Als Hauptredner dazu war der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, der Kollege Tarnow, bestellt worden. In einer mehr als zweistündigen Rede schilderte er die Gegensätze und Wahwitzigkeiten der kapitalistischen Produktion und des gegenwärtigen Wirtschaftssystems, dann die Ursachen der Krise und die Schwierigkeiten ihrer Überwindung. Er meinte: Diese Krise reiche tiefer als irgendeine vorausgegangene, weil sich noch niemals so viel Krisenursachen zusammengeballt hätten, wie diesmal. Wir könnten uns nicht mehr mit der Rolle des Diagnostikers begnügen, sondern müßten uns auch als Arzt fühlen, der den kranken Patienten heilen solle. Daneben seien wir freilich auch der Erbe, der das möglichst schnelle Hinscheiden des Patienten erwartet und am liebsten sei etwas Gift nachhelfen will. Diese Doppelrolle sei jedoch eine verdammt schwierige Aufgabe. An dem Patienten selbst läge uns gar nicht viel, aber wenn der Patient röchelt, hungerten die Massen. Wenn wir eine Medizin wüßten, die wenigstens dazu beiträgt, daß die Masse wieder etwas zu essen bekommt, dann müßten wir in dem Augenblick nach dieser Medizin greifen. Die organisierte Arbeiterschaft wolle wohl den Sturz des kapitalistischen Systems, aber nicht den Zusammenbruch der Wirtschaft. Sie wolle den Sozialismus als eine Verbesserung ihrer Lage. Und die Erreichung des Sozialismus, der sozialistischen Wirtschaft könne nicht mit einem Schlage, sondern nur schrittweise geschehen. Hierfür gäbe es kein Generalrezept, wohl aber verschiedene Möglichkeiten, wie Abbau der Zollmauern, Beseitigung der Rüstungen, Herstellung des militärischen und wirtschaftlichen Friedens zwischen den Völkern, Beseitigung der Reparationszahlungen, außerdem scharfe Kontrolle des Monopolkapitalismus, Arbeitsbeschaffung, Auftragsregelung durch die öffentliche Hand, Verstärkung des Einflusses auf die Banken, Ausbau der öffentlichen Wirtschaft, Erhöhung der Massenkaukraft, Verteidigung der sozialpolitischen Einrichtungen des Staates, Einführung der 40stündigen Arbeitswoche usw. Die Frage aber, wie man diese Forderungen durchsetzen müsse, fügte Kollege Tarnow unter allgemeiner Heiterkeit hinzu, dürfe nicht bei seinem Vortrag, sondern bei dem Bericht der Reichstagsfraktion erörtert werden.

Der Parteitag beschloß, den sehr wirkungsvollen und aufschlußreichen Vortrag Tarnows gleich drucken zu lassen, so daß er der großen Öffentlichkeit zugänglich gemacht ist. Die Schlußfolgerungen machte sich der Parteitag in einer Entschließung fast einstimmig zu eigen.

Der nächste Verhandlungsgegenstand, der Bericht der Reichstagsfraktion, war von gleich großem Belang. Hier wurde von bestimmten Seiten eine wüste Auseinandersetzung und noch ergötzlichere Sachen erwartet. Stand doch hier die Politik der Reichstagsfraktion mit ihrer Duldung (Tolerierung) der Regierung Brüning nebst deren üblen Drum und Dran zur Entscheidung, wobei die Abstimmung über den Panzerkreuzer und das Dagegenstimmen von neun Abgeordneten als Scheidewasser gedacht oder gewünscht wurde. Um es gleich zu sagen, die lieblichen Erwartungen waren monstros. Es hat wohl zwischen den verschiedenen Auf-

fassungen über die Richtigkeit der Politik der Fraktion scharfe Auseinandersetzungen gegeben, aber sie waren bestimmt nicht schärfer, als manche andere auf früheren Parteitagen. Zwar hat die große Mehrheit des Parteitages das Tun der neun Abgeordneten, die entgegen dem Fraktionsbeschuß gegen den Panzerkreuzer gestimmt haben, verurteilt und eine Wiederholung als parteischädigend erklärt, aber sie hat es weislich unterlassen, den Galgen für diese Abgeordneten aufzurichten.

Von den beiden Berichterstattern der Fraktionspolitik behandelte der erste, Genosse Breitscheid, den Faschismus und seine Bekämpfung, der andere, Genosse Sollmann, die eigentliche Tätigkeit der Fraktion. Obwohl Breitscheids Vortrag uns etwas zu akademisch erschien und wir ihn mehr auf das Praktische gerichtet gewünscht hätten, enthält er doch für den Gewerkschafter, der sich an der Werkbank mit dem Faschismus auseinandersetzen hat, der Lehren und praktischen Winke genug. Dem Genossen Sollmann war sicherlich die heikelste Aufgabe zugefallen. Über die Richtigkeit der Politik der Fraktion kann man sicherlich verschiedener Meinung sein, und daß wir selbst anderer Meinung sind, ist in diesen Spalten wiederholt dargelegt worden. Dabei muß allerdings gesagt werden, daß auch die andere Seite sehr gewichtige Gründe für ihre Meinung hat, wie ja überhaupt das Urteil in einer Sache von einer solch verwirrenden Vielfältigkeit und Tragweite ungeheuer schwierig ist. Welches Urteil das richtige ist, kann nur die Zukunft, der Erfolg beweisen.

Es braucht wohl nicht hervorgehoben zu werden, daß die Gegner der Duldung ebensowohl wie die Verfechter nichts als das Wohl der Partei und der Arbeiterklasse im Auge haben. Von dieser Tatsache zeugten alle Reden.

Die neue Notverordnung spielte bei dieser Erörterung eine nicht geringe Rolle. Die oppositionelle Seite verlangte, daß der Parteitag zu ihr Stellung nehme. Dem wurde entgegengehalten, daß sie noch nicht in ihrem Wortlaut bekannt sei, folgedessen sich auch nicht gut Stellung dazu nehmen lasse. Die Mehrheit war der Meinung und beschloß demgemäß, daß die Reichstagsfraktion über die Notverordnung zu entscheiden habe. Dann wurden noch die Berichte über die Jugendfrage und den Stand der Parteiorganisation entgegengenommen und erörtert. Dem schlossen sich die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission an.

Wie immer man zu den Beschlüssen des Parteitages stehen mag, das eine ist gewiß, daß sie von der Sorge um das Wohl der Arbeiterklasse und der Erhaltung der Stärke der Partei diktiert worden sind. Auf die Erhaltung der Stärke und Geschlossenheit der Sozialdemokratie, nein, auf die Mehrung beider kommt es jetzt in dieser Stunde der entsetzlichen Not des Proletariats und der politischen Verwirrung wie der Wildheit der Reaktion vor allem an. Denn wenn die Sozialdemokratie, der die Arbeiterklasse Unendliches verdankt, geschwächt oder zerstäubt würde, so käme das tatsächlich einer Katastrophe für das Proletariat gleich. Dies hat uns auch bestimmt, mit der, wie wir glauben, wohlberechtigten Kritik an diesen oder jenen Maßnahmen der Partei und Beschlüssen ihres Kongresses zurückzuhalten. Jetzt, wo die Arbeiterklasse von Stürmen wie noch nie umbrandet wird, ist Zusammenstehen die oberste Pflicht.

Dem Bankrott immer näher

Neue Not durch die neue Notverordnung

Mit steigendem Unbehagen liest man die Notverordnung vom 5. Juni, mit Entsetzen legt man das Amtsblatt aus den Händen. Was da an wirtschaftspolitischer Unklugheit und sozialer Ungerechtigkeit gehäuft ist, läßt sich so leicht nicht übertreffen. Den Arbeitslosen, die längst schon unter der Hungergrenze leben, werden die Unterstützungssätze noch mehr beschnitten, zahlstarke Gruppen überhaupt aus der Unterstützung gedrängt; den Beamten werden die Gehälter von 4 bis 8 vH gekürzt, einem Teil der Kriegsinvaliden die Bezüge. Außerdem werden alle Klassen mit einer Krisensteuer bedacht, am schwersten wiederum die Lohn- und Gehaltsempfänger. Die Rückzahlung zu viel bezahlter Lohnsteuer fällt fort, und den Tabakarbeitern wird die gesetzlich gewährte Unterstützung entzogen, während die der Fabrikanten weiter bestehen bleibt. Überdies wird die Zuckersteuer verdoppelt. Andererseits werden den Schwerindustriellen 140 Millionen Mark — zur Ankurbelung der Wirtschaft — zugeschoben, was mit vielem Rechte eine Subvention für die Schwereichen genannt wird.

Auf halbamtlichem Papier wird gesagt: „Die Bestimmungen der Notverordnung bedeuten eine Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Finanzpolitik der Reichsregierung.“ Nichts wahrer als das. In der Tat, die Fortsetzung der nämlichen Politik, die uns dahin gebracht hat, wo wir heute leider stehen — und uns mit erhöhter Schnelligkeit vollends in die Tiefe, zum völligen Bankrott bringen wird. Denn in dieser Notverordnung ist nur von neuen Lasten, von noch stärkerem Geldentzug die Rede, der sich in weiterer Schwächung der Kaufkraft, in noch mehr Stilllegungen und Arbeiterentlassungen auswirken wird. Es wird also die Politik fortgesetzt, die wir seit Jahr und Tag beklagen. Nichts enthält die Notverordnung über die Verbilligung der Lebenshaltung durch Zollabbau, nichts über die Beschneidung des Preiswuchers der Kartelle, nichts von der Preissenkung, nichts von Beschaffung nennenswerter Arbeitsgelegenheit zur Milderung des großen Übels, der Arbeitslosigkeit, aus der ja der Großteil des jetzigen Elendes quillt.

Am 6. Juni hat die Regierung die Berliner Presse geladen, um ihr die Notverordnung zu erläutern. Bei dieser Gelegenheit sagte der Finanzminister Dietrich: Wenn man heute vom Lohn eine Abgabe von 1 vH erhebt, so ergibt das 215 Millionen M; vor sechs Monaten waren es noch 290 Millionen. — Rechnen wir uns das um, was bedeutet es? Nun, daß die Löhne im Dezember vorigen Jahres noch 29 000 Millionen M aufs Jahr ausmachten, jetzt aber nur noch 21 500 Millionen. Mit einer Geschwindigkeit von nur sechs Monaten ist das Einkommen der deutschen Arbeiterklasse um 7500 Millionen Mark vermindert worden, um ein volles Viertel. Und jetzt kommt eine neue Notverordnung, die die Löhne abermals stark verkürzt und zugleich die Steuern und Abgaben ins Ungeheuerliche steigert.

Wie hieß es im Oktober vorigen Jahres? Damals forderten die Unternehmer eine ganz „bescheidene“ Lohnsenkung, nur 8 vH. Und man freute sich, daß sie nur 6 vH bekamen. Jetzt sind aus den 6 vH schon rund 30 vH geworden (soviel macht es alles in allem seit Oktober aus) und immer weiter geht die Lohn-

senkung! Es kommt genau so, wie wir hier am 14. Februar (in Nr. 7) ausgeführt haben: nicht mit 6 vH waren die Unternehmer zufrieden und nicht mit 15 vH und nicht mit 20 vH. Und jetzt sind sie (und die ihren Willen vollstreckende Regierung) nicht mit 30 vH zufrieden; ihr Kurs geht auf 100 vH Lohnsenkung. Dabei macht es gar nichts aus, ob sie sich dessen bewußt sind oder nicht.

„Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht... Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele (Gleichgewicht des Reichshaushalts) sein.“

So heißt es feierlich in der Erklärung, die die Brüning u. Co. ihrer Verordnung mit auf den Weg geben. Das Republikschutzgesetz verbietet uns, an der Wahrhaftigkeit einer solchen Versicherung zu zweifeln. Aber wir können Herrn Brüning verraten, daß er sich — vielleicht im besten Glauben — irrt; es wird nicht der letzte Schritt sein. In der Tat: es wird schon die Erhöhung der Umsatzsteuer — als „letzte Steuerreserve“ angekündigt. Unter den Verhältnissen, in die uns das kapitalistische Wirtschaftssystem hineinmanövriert hat, steht es jetzt vor dem Untergang, vor dem Zusammenbruch. Will es sich retten, so gibt es dazu nur das eine einzige Mittel: unausgesetzt verschärfte Ausbeutung der arbeitenden Klasse. Ein Schritt weiter auf diesem Wege ist die neue Notverordnung. Das ist ihre wahre Bedeutung, ob man sie nun so oder so begründet, ob ihre Einzelheiten so oder anders lauten.

Jedoch leuchtet ein, daß dieser Weg nicht mehr lang sein kann. Für den Augenblick rettet der Kapitalismus dadurch sein Dasein, aber nur für ganz kurze Zeit. Dann muß, will er weiter bestehen, die Ausbeutung abermals verschärft werden, und dann werden die weiteren Maßnahmen folgen, die die Reichsregierung heute so feierlich abschwört. Aber viel können es in der Tat nicht mehr sein. Was will man den Arbeitenden noch groß wegnehmen, nachdem man ihnen in neun Monaten schon fast ein Drittel weggenommen hat? Zumal die Menge der Arbeitslosen immer mehr anschwillt, also die Zahl der Beschäftigten, denen man noch etwas wegnehmen kann, immer mehr sinkt. So wenig man sich aufs Propezeien einlassen soll, so wagen wir doch zu schätzen, daß die ganze Karre zusammenbricht, wenn der Lohnabbau einmal 50 bis 60 vH erreicht haben wird.

Aus dem Inhalt

	Seite
Der sozialdemokratische Parteitag — Dem Bankrott immer näher. Neue Not durch die neue Notverordnung	193
Drahtzieher und Blechwalzer — Die Arbeit der Braunkommission — Gewerkschaften und Notverordnung	194
Die Farbenpracht aus Teer — Die Hochbrücke	195
Kersett oder Haltung? — Das Leben der Marie Szameilat	196
Vierter Bauarbeiter-Schutzkongreß	197
Nur wenig geringere Arbeitslosigkeit — Vom Vorstand	198
Die britische Eisenindustrie — Diamanten in Not	199
Sitzung des erweiterten Beirats — Anzeigen	200

So betrachtet, enthüllt sich, daß diese Notverordnung überhaupt kein Hilfsmittel ist, auch nicht im Sinne dessen, was die Brüning und Genossen erreichen wollen, sondern ein Zeichen des beginnenden Bankrotts.

Als diese Zeilen unseren Lesern vor Augen kommen, werden sie den Inhalt der neuen Notverordnung bereits aus den Tageszeitungen erfahren haben und werden wissen, daß er genau dem entspricht, was die Metallarbeiter-Zeitung (in Nr. 23) vorausgesagt hat.

Da ist die Verschandelung der Arbeitslosenversicherung. Statt 6 M bekommen die Unterstützten der untersten Lohnklasse nur noch 5,60 M die Woche; in jeder höheren Lohnklasse wird der Abzug größer, in der 11. (höchsten) gab es bisher 22,05 M, jetzt nur noch 18,90 M. Wer unter 21 Jahre alt ist, kriegt überhaupt nichts mehr; verheiratete Frauen nur dann, wenn sie die „Bedürftigkeit“ nachweisen; Saisonarbeiter bekommen nicht mehr die volle Unterstützung, sondern nur noch die ebenfalls stark verkleinerte Krisenfürsorge, und auch die nur 20 Wochen lang statt bisher 26; alle Wartezeiten (in denen es gar nichts gibt) werden mächtig verlängert und so weiter. Zugleich werden die Gehälter der Beamten abermals um 4 bis 8 vH gekürzt, auch den Ruhegeldempfängern und sogar den Kriegsbeschädigten wird ein Teil ihrer Bezüge weggenommen. Sodann wird der Zucker, den auch der Ärmste braucht, gewaltig verteuert durch Verdoppelung (!) der auf ihm lastenden Steuer. Und endlich wird für die nächsten 1 1/2 Jahre eine neue Kopfsteuer erhoben, die sogenannte Krisensteuer.

Hier zeigt sich der Klassencharakter der Notverordnung am handgreiflichsten. Die unselige Dreiklassenschmach der monarchistischen Zeit hat eine neue Form erhalten. Der Lohnarbeiter hat am meisten zu zahlen, der sich selbst veranlagende Steuerzahler weniger, der Landwirt am wenigsten. Genauer ausgedrückt: Die Krisenlohnsteuer wird vom Bruttoarbeitslohn erhoben; die Krisensteuer der Veranlagten vom Nettoeinkommen. Bei den Lohnsteuerpflichtigen werden also Werbungskosten und Sonderleistungen nicht freigegeben, bei den Veranlagungspflichtigen bleiben sie frei. Von der Krisenlohnsteuer sind außer den Beamten alle Personen befreit, die weniger als 1200 M verdienen. Geht das Einkommen über 1200 M hinaus, so wird es zu beiden Steuern in voller Höhe herangezogen; ein steuerfreies Existenzminimum und Familienermäßigungen werden also nicht berücksichtigt; nur die Landwirte genießen, wie immer, so auch hier, das Sonderprivileg, daß bei ihnen in allen Fällen 6000 Mark von der Krisensteuer freibleiben. Die Krisenlohnsteuer beträgt bei einem Jahreseinkommen bis zu 3600 M 1 vH und steigt bei einem Jahreseinkommen über 36000 M auf 5 vH. Die Krisenlohnsteuer wird im Wege des Lohnabzugs durch den Arbeitgeber einbehalten und in keinem Falle erstattet. Die Krisensteuer der Veranlagten wird in vier Vorauszahlungen entrichtet, die in-

soweit erstattet werden, als die Abschlußzahlung auf Grund der Veranlagung niedriger ist.

Zu alledem kommt die Beseitigung der Lohnsteuererstattungen. Während in den letzten Jahren 70 bis 80 Millionen zu viel gezahlter Lohnsteuer an rund 3 bis 4 Millionen Arbeitslose und andere notleidende Lohnsteuerzahler ausgezahlt worden sind, findet für das Jahr 1931 eine Erstattung nicht mehr statt. Statt dessen erhalten die Gemeinden einen Reichszuschuß von 60 Millionen für die Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen.

Das ist erst ein Teil der Ungerechtigkeit. Der andere besteht darin, daß die unteren Klassen mit den schwersten Steuersätzen belastet werden: Wer monatlich bis 300 M Lohn bekommt, zahlt 1 vH Sondersteuer, wer dasselbe Einkommen aus Besitz oder freier Beschäftigung hat, zahlt nur 1/2 vH. Wie sich die Ungerechtigkeit in der Praxis auswirkt, sei an einem Beispiel gezeigt. Für ein Jahreseinkommen von 7500 M hat Krisensteuer zu entrichten: der Landwirt 11, — M, der selbständige Gewerbetreibende 101,70 M, der Lohnempfänger 225, — M.

Das sind nur einige, bei weitem nicht alle Bestimmungen der neuen Verordnung. Man hat sie weislich so abgefaßt, daß kein gewöhnlicher Sterblicher daraus klug wird. Nicht weniger als 35 große Druckseiten umfaßt sie im Reichsgesetzblatt, und die sind in einem Kauderwelsch geschrieben, das nur der versteht, der sehr viel Zeit übrig hat und ein langes Studium darauf verwendet. Noch zwei für die Arbeiter besonders gefährliche Vorschriften seien hervorgehoben. Es soll ein „freiwilliger Arbeitsdienst“ eingeführt werden, unter Verwendung von Geldern der Arbeitslosenversicherung und der Krisenfürsorge. Für diesen „freiwilligen“ Arbeitsdienst gelten nicht die Tariflöhne, nicht der gesetzliche Arbeitsschutz, nicht die Sozialversicherung. Wer sich „freiwillig“ zum Arbeitsdienst meldet, verzichtet auf alle diese Rechte. — Wie aber steht es mit der „Freiwilligkeit“? Bisher brauchte der Arbeitslose eine Beschäftigung nicht anzunehmen, wenn sie nicht seiner Vorbildung oder früheren Tätigkeit entsprach. Statt dessen heißt es jetzt in der Notverordnung:

„Für Arbeitslose über 21 Jahre kann die versicherungsmäßige Unterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig gemacht werden.“

In Zukunft wird demnach, wer den „freiwilligen“ Arbeitsdienst ablehnt, keine Unterstützung mehr bekommen, und so ist dafür gesorgt, daß es niemals an einer stets wachsenden Armee von „Freiwilligen“ fehlen wird, die zu jedem noch so niedrigen Lohn, ohne Arbeitsschutz und ohne Versicherung zur Verfügung stehen. Man braucht keinem Gewerkschafter zu sagen, daß das auch die Löhne der Beschäftigten gewaltig herabdrücken wird.

Die Arbeit der Brauns-Kommission

Der dritte Teil des Gutachtens

Der dritte und letzte Teil des Gutachtens der Brauns-Kommission ist der Öffentlichkeit übergeben worden. Überblickt man die Arbeit der Kommission vom Standpunkt des Gewerkschafters, so muß man sagen, daß sie ihre Aufgabe gelinde ausgedrückt, sehr unvollkommen gelöst hat. Herausgekommen sind einige Vorschläge, die an das eigentliche Problem überhaupt nicht herankommen, und von anderen Stellen namentlich von den Gewerkschaften, früher viel schärfer und eindringlicher gemacht wurden. Nach Lage der Dinge bleibt die vorgeschlagene Arbeitsbeschaffung lediglich Theorie, nicht zuletzt, weil sie an die Bereitstellung langfristiger Auslandsanleihen gebunden ist. Die Vorschläge über die Verkürzung der Arbeitszeit, die Frage der Doppelverdiener usw. liefern bestenfalls einen guten Willen erkennen. Sie listen aber vornehmlich darunter, daß maßgebende Kreise außerhalb der Kommission den Gedanken der Arbeitszeitverkürzung saftierten. Es ist ja bekannt geworden, daß es selbst über die milden Vorschläge der Kommission bezüglich der Arbeitszeit, der Reichsregierung zu Auseinandersetzungen gekommen ist, ist denn schließlich weiter nichts herausgekommen, wie theoretische Ausführungen, und als einziges Resultat Vorschläge über die Verkürzung der Wartezeit, Herabsetzung der Unterstützung und was dergleichen unliebsame Dinge mehr sind.

Der jetzt veröffentlichte dritte Teil des Gutachtens betitelt sich „Unterstützende Arbeitslosenhilfe“. Es wird zunächst ein knapper Überblick über die Entwicklung der verschiedenen Formen der Arbeitslosenhilfe und deren finanzielle Notstände gegeben. Dabei ist es wichtig, daß man für das Jahr 1931 mit einer Durchschnittszahl von 4,5 Millionen Arbeitslosen rechnet. Man ist also in der Kommission der Ansicht, daß die Arbeitslosigkeit selbst im Sommer des laufenden Jahres außerordentlich hoch bleiben und im Herbst und Winter wieder ganz gewaltig ansteigen wird. Auf diesen außergewöhnlichen Notstand bauen sich die Vorschläge der Kommission und der Notverordnung der Reichsregierung auf.

Die Vorschläge der Kommission im einzelnen besagen folgendes: Die Kommission lehnt es grundsätzlich ab, auch nur vorübergehend das Versicherungsprinzip durch eine einkommensabhängige voraussetzende Fürsorge zu ersetzen. Ein Systemwechsel kann die Kommission zur Zeit nicht empfehlen, jedoch empfiehlt sie die Zusammenfassung von Krisenfürsorge und Wohlfahrtspflege. Über das Schicksal der Ausgesteuerten hat sich die Kommission keine Kopfschmerzen gemacht. Vorgeschlagen wird eine Änderung der Vorschriften über die Wartezeit. Diese soll erhöht werden: 1. bei Arbeitslosen ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen von 14 auf 21 Tage, 2. mit einem bis drei zuschlagsberechtigten Angehörigen von 7 auf 14 Tage, und 3. mit vier oder mehr zuschlagsberechtigten Angehörigen von 3 auf 7 Tage. Recidivierende Vorschläge hat die Kommission auch bei den Saisonarbeitern gemacht. Die Anwartschaft soll von 26 auf 30 Wochen verlängert und die Höchstbezugsdauer der Arbeitslosenunterstützung von 26 auf 20 Wochen herabgesetzt werden. Bezüglich der Unterstützungssätze für Arbeiter mit beruflicher Arbeitszeit wird vorgeschlagen, die Sätze der Krisenunterstützung als Maßstab zu nehmen. Ferner sollen nach dem Vorschlag der Kommission Hausgewerbetreibende und Heimarbeiter grundsätzlich aus der Versicherung herausgenommen werden.

Die Vorschläge der Kommission sind von der Reichsregierung bei Abfassung der Notverordnung weitgehend berücksichtigt worden. Überhaupt litt die Arbeit der Kommission dadurch, daß sie glaubte, eng mit der Regierung zusammenarbeiten zu müssen. Man muß es bedauern, daß hier ein erhebliches Maß von Arbeit unnütz vertan wurde. Wenn man die Schwierigkeiten auch ehrlich zugestehen muß, so hätte man doch erwartet, daß die Kommission das Problem tiefer und energischer angefaßt hätte. Da dies nicht geschehen ist, haben wir uns damit abzufinden. Fragen sozialpolitischer Art, wie Arbeitslosenfürsorge u. a., sind Machtfragen, die nicht am grünen Tisch, sondern draußen im lebendigen Kampf zwischen Arbeit und Kapital entschieden werden.

Gewerkschaften und Notverordnung

Die Vorstände des Angestelltenbundes (AFA) und des ADGB haben sich in einer gemeinschaftlichen Sitzung eingehend mit der neuen Notverordnung beschäftigt. Das Ergebnis ihrer Beratung gibt die nachstehende Verlautbarung wieder: „Belde Bundesvorstände verkennen nicht die Notwendigkeit, dem ganzen Volk Opfer zuzumuten, um eine Belebung der deutschen Wirtschaft und damit eine Milderung der Erwerbslosigkeit wie auch die Herstellung des Gleichgewichts der öffentlichen Haushalte zu ermöglichen. Die Notverordnung enthält jedoch eine derartige Häufung sozialer Ungerechtigkeiten, daß der allgemeine Widerstand der Arbeitnehmerschaft sich ungestüm geltend machen muß. Die Folgen der praktischen Durchführung für die Wirtschaft und damit auch für die öffentlichen Finanzen würden verhängnisvoll sein. Die Gewerkschaften werden alle ihre Kräfte einsetzen, um die unbedingt notwendige Änderung der Notverordnung herbeizuführen.“

40stündige Arbeitswoche in Gera

Wie wir der Tagespresse entnehmen, hat die Stadt Gera die 40stündige Arbeitswoche für die städtischen Arbeiter eingeführt. Nur die Arbeiter des Städtischen Krankenhauses und die Feuerwehr sind technischer Schwierigkeiten wegen davon ausgenommen. Die Maßnahme soll vorläufig für drei Monate gelten. Für die dadurch gewonnenen Arbeitsplätze sollen vor allem Wohlfahrtserwerbslose in Frage kommen. Weiter will der Stadtvorstand alle mehr als 60 Jahre alten Arbeiter, denen ein Ruhe-lohn zusteht oder sonstwie vor äußerster Not geschützt sind, entlassen, um Raum für Erwerbslose zu schaffen. Gera ist die erste deutsche Stadt, die die 40-Stunden-Woche einführt. Die Einführung ist im Einvernehmen mit den Gewerkschaften erfolgt.

Die deutschen Nazis brechen die Zinsknechtschaft — in der Schweiz!

In seiner soeben veröffentlichten Schrift (Lederer, Wirkungen des Lohnabbaus, J. B. C. Mohr-Verlag, Tübingen) weist Lederer darauf hin, daß der politische Erfolg der Nationalsozialisten, der die Spannungen in Deutschland so außerordentlich verstärkte, die Angstlichkeit weiter Kapitalistenkreise derart vergrößerte, daß sie ihr Geld in die Schweiz brachten, trotzdem sie sich hier mit einem Zinsfuß von kaum mehr als 1 vH begnügen mußten. Lederer hebt mit Recht hervor, daß, wenn der viel höhere deutsche Zinsfuß das Kapital nicht lockt, auch eine Lohnverkürzung nicht in der Lage sein wird, die deutschen Unternehmer zur Erweiterung ihrer Betriebe oder zu Neugründungen zu bewegen. Solange die Beruhigung der wirtschaftlichen und politischen Lage nicht gelingt, wird die Besorgnis vor innerpolitischen Verwicklungen bei den deutschen Kapitalisten die Oberhand behalten, und so lange werden die Nationalsozialisten ihren Programmpunkt der Brechung der Zinsknechtschaft allein in der Schweiz durchzuführen, allerdings auf Kosten und zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft.

Drahtzieher und Blechwalzer

Wollen schon wieder das Vaterland retten!

Sie waren jüngst wieder einmal zu Düsseldorf versammelt, die Herren von Kohle und Eisen, die Thyssen und Reusch, die Vögler und Springorum. Es sind dies für die Arbeiterschaft die „Herren im eignen Hause“, für die Regierungen die „maßgebenden Kreise der Wirtschaft“, und für die ganze Nation die „genialen Wirtschaftsführer“ — aber immer verhindert durch staatliche Einmischung, die vermaledeiten Gewerkschaften, Marxismus und ähnlichem Teufelszeug. Diese „maßgebenden Kreise der Wirtschaft“ können auch „das Maß geben“, denn sie verfügen über milliardenschwere Kapitalmacht, eine laut schreiende Presse und über unzählige Agenten im Parlament und in den öffentlichen Stellen. Außerdem besolden sie nationalistische Banden, die die Aufgabe haben, ihre Widersacher mit Schieß-eisen und Knüppel zu bekämpfen.

Diese Herrschaften haben eine Versammlung des Langsam-Vereins wahrgenommen, um ihre Ansichten über die Wirtschaftskrise und ihre Beseitigung von sich zu geben. Das muß ihnen dringend erschiener sein, sientemalen die Veröffentlichung der Notverordnung bevorstand. Die Herrschaften haben sich sichtlich gewußt, was die Notverordnung enthält, und daß sie ihnen abermals Millionen verordneter, der arbeitenden Masse aber unerhörte Lasten. Weil sie das nun wußten, mußten sie laut über die wirtschaftliche und politische Not schreien, damit die Einfältigen meinen, die Herren von Kohle und Eisen nagten am Hungertuch. Somit waren die Reden von Düsseldorf für den Dummehans berechnet.

Das war indessen nur ein Teil des Zweckes der Düsseldorfer Parade. Der andere Teil bestand darin, schwerindustrielle Weisheiten an den Mann zu bringen. Was das für Weisheiten sind, ist hinlänglich bekannt. Wir hören sie seit Jahrzehnten. Und wo sie praktiziert worden sind, was oft geschehen ist, hat es nur ärgere Mißwirtschaft und Elend gegeben. Das wird ganz bestimmt der Fall sein, wenn die neuesten Forderungen der Schwerindustrie erfüllt werden. Sie verlangen zu Düsseldorf „innere und äußere Entlastung, Bewegungsfreiheit der Wirtschaft und Schluß mit der Kapitalzerstörung“. Innere Entlastung? Ganz recht. Das deutsche Volk zahlt an seine finanziellen und industriellen Machthaber mindestens 17 Milliarden Mark im Jahr, wovon gar 25 Milliarden an Kartellüberpreisen. Von dieser Bürde befreit zu werden, ist es höchste Zeit. Das haben aber die Herrschaften wohl nicht gemeint.

Es wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß mit der inneren Entlastung die Fortführung des Lohnabbaus, die Aushöhung der Sozialversicherung und dergleichen gemeint ist. Die Herren haben offenbar noch nicht kapiert, was mit dem bisherigen Lohnabbau schon angerichtet worden ist. Es lenchtet ihnen nicht ein, daß die Verschlimmerung der Krise auf die Zerstörung der Kaufkraft der Millionen Arbeiter und Angestellten zurückzuführen ist und daß diese Ursache der Krise durch weiteren Lohnabbau weiter verstärkt wird. Den „genialen“ Wirtschaftsführern will es nicht einfallen, daß nur Lohnerrhöhung das große Übel mildern kann.

Fast jeder der Düsseldorfer Redner war der Meinung, es sei höchste Gefahr im Verzuge; man habe keine Zeit mehr, die Wunderdoktrinen der Kaufkrafttheorien und ähnliches Zeug anzuhören, sondern es müsse gehandelt werden, und zwar rasch. Aber wie soll gehandelt werden? Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, bekräftigte der Generaldirektor Springorum, nach einem verlorenen Kriege „einen Reallohn und eine Lebenshaltung anzuerkennen, die keine eine Unmöglichkeit sind“. Der Herr Generaldirektor hat natürlich, als er von der Unmöglichkeit des jetzigen Reallohn und der Lebenshaltung sprach, nicht zu sich gedacht, sondern an die Arbeiter. Ein gleich schwerer Profitgenosse, der Kommerzienrat Reusch, rief aus: „Wir müssen uns nach oben hangern wie das alte Preußen nach den Freiheitskriegen, oder wir werden dauernd unten bleiben.“ Was dieser Hundskritzen-Mark-Mann wohl mit dem „wir“ gemeint hat? Sicherlich nicht sich, sondern er ja mit dem „Nach-

oben-hungern“ hätte längst anfangen können. Vielleicht lassen sich die Arbeiter der Gute-Hoffnungs-Hütte mal von ihrem Generaldirektor das Großhungern vormachen.

Zum besseren Gelingen des Großhungerns (der arbeitenden Masse) verlangen die Herren eine starke nationale Regierung. Man möchte meinen, daß die Regierung Brüning den schwerindustriellen Wünschen vollauf entspräche, denn sie hat doch ihr möglichstes getan, den arbeitenden Schichten das Hungern beizubringen. Aber nein, der Dr. Brüning dulde ja einen Reichsarbeitsminister, der die Lohn- und Tariffragen von den Gewerkschaften mitentscheiden lasse. Demnach hat der Vater des Oeynhausers Schiedsspruchs und der vielen gleichwertigen andern sich noch nicht die Gunst der „maßgebenden Kreise der Wirtschaft“ erringen können. Sie fordern Männer für die Regierung, die nicht nach rechts oder links schauen, frei von Parteipolitik sind, die beherzt einen andern politischen Kurs einschlagen. Diese starken Männer sollen eine nationale Einheitsfront schaffen, durch die allein die vielgestaltige Not des deutschen Volkes zu beheben sei.

Es war Herrn Vögler zugefallen, den „Deutschen Plan“ mit der Beseitigung der „Tributzahlungen“, der Reparationen, zu preisen. Nun sind so ziemlich alle Schichten Deutschlands dafür, daß die Reparationslast vermindert, wenn nicht ganz beseitigt wird. Diese äußerst schwierige Sache, diese unbedingte Notwendigkeit zu erfüllen, wird indessen unmöglich gemacht, wenn sich die schwerindustrielle Faust dazwischen zwängt. Sie vernichtet die Hoffnung auf Erfüllung der Notwendigkeit. Die ranzig-plumpen Töne, mit denen in Düsseldorf die heikle Frage der Reparationen behandelt wurde, sind geeignet, die schwerste Besorgnis zu entfachen. Man wird das Gefühl nicht los, daß die Schwerindustriellen mit der Reparationsfrage zu außenpolitischen Konflikten treiben. Ihnen ist es womöglich darum zu tun, die politische Verwirrung zu steigern, Kriegsstimmung zu schüren, um dann ein Feuerchen anzuzünden. Das könnte das deutsche Volk bei all seinem Elend gerade noch brauchen.

Der heutige Stand des politischen Verhältnisses ist den „Herren im eignen Hause“ sehr zuwider. Sie wünschen eine „nationale Einheitsfront“ und eine „Regierung mit starken Männern“. Dann glauben sie, den — von ihnen mitverschuldeten — Dales überwinden zu können, auf Kosten der Arbeiter natürlich. Die „nationale Einheitsfront“ und die „Regierung mit starken Männern“ ist schon ein recht alter schwerindustrieller Schwanz; er kommt immer, wenn die großen Profitgenossen einen halbwegs klingenden Namen für eine durchwegs mufflige Sache brauchen. Die mufflige Sache besteht darin, das Leben der bankrott gewirtschafteten kapitalistischen Wirtschaft durch Weißbluten der Arbeiterschaft zu verlängern. Hierfür werden die starken Männer, ein Direktorium der Schwerindustrie, vomnöten gehalten. Wer sie sein sollen, wird noch verschwiegen. Wir hatten ja schon ein paar mal eine „nationale Einheitsfront“ und „starke Männer“ am Ruder. Jedemal hat es namenloses Unglück gegeben. Eine Wiederholung wird nichts anderes bringen. Grund genug, die Drahtzieher und Blechwalzer scharf zu beobachten. Diese Kretins, die sich nicht einmal als fähig genug erwiesen haben, sich Hände anzuhütern, die eine halbwegs gescheite Rede aufschreiben könnten, geschweige ein 66-Millionen-Volk zu regieren.

Die Presse der Nationalsozialisten

Zurzeit gibt es etwa 70 nationalsozialistische Blätter, davon etwa 44 Tageszeitungen, 22 Wochenschriften und 4 Halbwochenzeitungen. Die Auflagenhöhe ist nicht bekannt. In den Titeln der Zeitungen wird des kämpferische und Agitatorische der Bewegung zum Ausdruck gebracht. Als Nennungen sind man gewöhnt: Sturmer, Kampf, Trommler, Eisenhammer, Vormarsch, Angriff, Sturmwele usw. Von den Tageszeitungen erscheinen 24 in Preußen, 11 in Bayern, 3 in den Hansastädten usw.



Technik und Werkstatt



Die Farbenpracht aus Teer

Von Ing. H. Berlet

Die vielen bunten Farben, die uns heute dauernd umgeben und unsere Blicke unbewußt festhalten, haben es fertiggebracht, daß wir uns gar keine Gedanken mehr darüber machen, woher diese bunte Vielfältigkeit eigentlich stammt. Ganz selbstverständlich sind für uns die buntgefärbten oder bedruckten Stoffe, die in allen Farbtönen erhaltlichen Tapeten, die grellen, das Auge fesselnden Reklameplakate usw.

Vor fünfundsiebzig Jahren kannte man diese Vielfältigkeit der Farben noch nicht. Die Färberei war eine große Geheimniskrämerei; jeder Färber hatte ein ganz besonderes Rezept, das sich in vielen Fällen vom Vater auf den Sohn vererbte. Trotzdem muß man die Kunst der damaligen Färber hoch anerkennen, denn sie haben ganz Hervorragendes in ihrem Handwerk geleistet. Ihre Farbstoffe waren alles natürlich; man brauchte sie nur im Wasser auszuziehen zu lassen, und der Farbstoff war fertig.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts wurde die Erzeugung des Leuchtgases in Deutschland und England aufgenommen. Überall baute man Gasanstalten; die Trockendestillation der Steinkohle, so nennt der Chemiker die Erzeugung des Leuchtgases, konnte beginnen. Jedoch stellten sich im Betriebe Schwierigkeiten heraus, an die vorher niemand gedacht hatte. Es bildete sich nämlich ein zähflüssiges Produkt, und zwar in solchem Ausmaße, daß es zu einer Plage für die Betriebe wurde. Wohin mit diesem Abfallprodukt? Meistens wurde es ins Wasser gelassen und versuchte so ganze Flußabläufe. Sollte dieser Gasteer, wie man ihn nannte, nicht mehr zu verwenden sein?

Es liegt nun einmal im Wesen der menschlichen Natur, in das geheimnisvolle Wirken, Entstehen und Vergehen des Weltalls im großen wie im kleinen einzudringen. So auch bei dem Gasteer. Der Chemiker nahm ihn unter die Lupe, und Runge, ein deutscher Gelehrter, fand im Jahre 1834 einen Stoff, der die Eigenschaft hatte, Holz vor Fäulnis zu schützen. Er nannte dieses Produkt Kyanol. Einige Jahre vorher hatte man bei der Trockendestillation des Indigos eine Flüssigkeit gefunden, die man Kristallin nannte. Der Chemiker Zinin fand durch das Behandeln des Nitrobenzols mit Schwefelammon das Benzindam. (Nitrobenzol entsteht durch die Einwirkung konzentrierter Salpetersäure auf Benzin.) Man hatte drei neue Stoffe gefunden, jedesmal auf eine andere Weise und aus einem anderen Grundstoff.

Erst A. W. v. Hofmann, geb. am 8. April 1818, wies nach, daß alle drei Produkte identisch miteinander sind. Der Grundkörper aller ist das Anilin. Die Bezeichnung stammt aus dem Arabischen. Anil ist der Name für Indigo.

Mit diesem Nachweis standen der Industrie ungeheure Mengen Anilin zur Verfügung, denn man hatte unterdessen schon gelernt, das Benzol aus dem Steinkohlengasteer abzuscheiden. Das Benzol brauchte man ja nur zu nitrieren, und man hatte Nitrobenzol. Trotz der großen Mengen Anilin, die man herstellen konnte, dachte noch kein Mensch an die Anilinfarben.

Der schon genannte Prof. v. Hofmann lehrte von 1848 bis 1868 in London Chemie. Unter seinen Schülern war einer, der sich außerordentlich in den Gedanken- und Ideenkreis Hofmanns einlebte. Es war William Henry Perkin. Sein Ziel war, durch die Zerlegung und Destillation des Gasteers und der daraus gewonnenen Produkte das Chinin zu finden. Er brachte Chromsaures Kali mit Anilin in Verbindung und erhielt einen schwarzen Niederschlag. Diesen Niederschlag untersuchte er weiter und stieß auf eine Flüssigkeit von violetter Färbung. Durch nachtsames Hantieren wurde etwas verschüttet und färbte ein Stück Stoff violett.

Sollte es nicht möglich sein, diese Flüssigkeit als Farbstoff zu verwenden? Perkin färbte größere Stücke Stoff, und als das glückte, meldete er am 26. August 1856 seine Entdeckung beim englischen Patentamt an. Im Juni 1857 entstand in England unter dem Namen Perkin & Sons die erste Teerfarbenfabrik der Welt. Die erste Farbe war der tyrrische Purpur. Wegen seiner Malvenblütenfarbe wurde er auch Mauveine genannt.

Im selben Jahre fand der französische Forscher Verguin das Anilinrot, auch Fuchsin genannt. Dieses Verfahren wurde in England und Frankreich patentiert, nach fünf Jahren jedoch umgestoßen, und der freie Wettbewerb begann. Deutschland wurde der billigste Hersteller.

Im Anfang der Entwicklung herrschte noch große Unklarheit über die Herstellung dieser Farbstoffe. Jeder versuchte neue Farben zu finden. Als man Fuchsin mit Anilin kochte, entstand ein neuer, sehr schöner Farbstoff, das Anilinblau. Kurze Zeit später fand man das Chrysanilin, ein gelber Farbstoff.

So war eine große, noch nicht in ihrem Ausmaße erkennbare Industrie ins Leben gerufen. Wieder war es Prof. A. W. v. Hofmann, der diese Industrie weiter befruchtete. Er untersuchte das Fuchsin und fand dabei das Jodviolett und das Jodgrün. Diese Farben werden unter hohem Druck hergestellt und sind von außergewöhnlicher Schönheit.

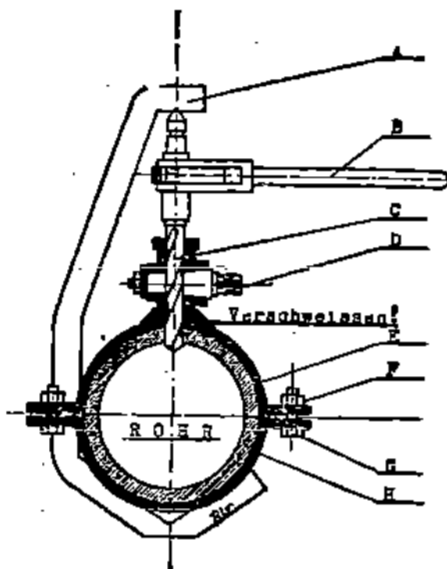
Im Jahre 1869 wurde von dem schon genannten Perkin und den Deutschen Gräbe und Liebermann aus dem Anthrazen ein Kohle-Wasserstoff, der aus den letzten Anteilen des bei der Teerverarbeitung erhaltenen Destillats gewonnen wird, das Alizarinrot, gefunden. Da in Deutschland noch kein Patent bestand, wurde das Verfahren in England angemeldet. Gleichzeitig meldete Perkin an. Doch die deutsche Anmeldung traf einen Tag früher ein wie die englische — und dem deutschen Alizarin war der Weltmarkt erschlossen. Die Krappwurzel, die bis dahin den roten

Farbstoff geliefert hatte, war erledigt. Der künstliche Farbstoff hatte den Sieg über den natürlichen davongetragen.

Die Gewinnung dieser Farben aus dem Gasteer gibt uns Rätsel über Rätsel auf. Vor Jahrtausenden aufgespeicherte Sonnenenergie macht Menschengeist sich heute nutzbar. Nicht nur allein in Wärme durch Verbrennung der Kohlen und Gewinnung der Farbstoffe aus dem Teer; auch die Medizin erhält wertvolle Produkte aus ihm, zum Beispiel die Karbolsäure, ein heute unentbehrliches Mittel bei Wunden, die Salizylsäure, das Sacharin und viele andere spendet uns die Natur in überreichem Maße.

Abzweigungen an Rohrleitungen

In untenstehender Abbildung soll veranschaulicht werden, wie man an den unter Druck sich befindlichen Rohrleitungen zu jeder Zeit und an jedem beliebigen Ort Abzweigungen wie Ventile, Zähler, Rohrleitungen usw. anbringen kann. Hierzu sind ein aus Flacheisen angefertigter Bügel (A) und eine sogenannte Bohrratsche (B) als Hilfswerkzeuge notwendig. Der anzubringende Absperrhahn (D) wird an einer Seite in die aus sehr starkem Flacheisen zurechtgemachte Rohrschellenhälfte (E) eingepaßt und dann gut verschweißt. Es ist darauf zu achten, daß die untere Seite des eingeschweißten Absperrhahns mit der inneren Rundung der Rohrschellenhälfte sauber verarbeitet ist. Am besten läßt man sie etwas zurückstehen, so daß der untere Teil des Absperrhahns vorsteht und zwischen Rohrschellenhälfte und Rohr ein gewisser Zwischenraum entsteht. Die Stelle, an der der Absperrhahn an dem Rohr angebracht werden soll, ist von Unreinlichkeiten zu befreien, nötigenfalls mit der Feile blank zu bearbeiten.



Beim Aufsetzen der mit dem Absperrhahn aufgeschweißten Rohrschellenhälfte (E) ist zu beachten, daß zwischen Rohr und Absperrhahn eine Dichtung aufgelegt werden muß, dessen Material sich nach der im Rohr befindlichen Flüssigkeit richtet. Sie muß jedoch so stark sein, daß zwischen Rohr und Rohrschellenhälfte (E) ein Zwischenraum entsteht, der ein gutes Anziehen zuläßt. Die untere Rohrschellenhälfte (H) ist genau an die Rundung des Rohres anzupassen. Mittels den Sechskantkopfschrauben (G) und den Sechskantmutter (F) werden die beiden oben genannten Rohrschellenhälften gegeneinander gezogen, so daß der Absperrhahn oder dessen Dichtung stark gegen das Rohr gedrückt wird. Auch hier achtet man darauf, daß später noch nachgezogen werden kann.

Durch den auf freiem Durchgang gestellten Absperrhahn (D) wird ein dem Durchgang entsprechender Bohrer (C) gesteckt, der in der Bohrratsche (B) befestigt ist. Der Bügel (A) ermöglicht ein Vortreiben des Bohrers (C) in das Rohr. Nach dem Durchbohren wird der Bohrer zurückgezogen und alsbald der Absperrhahn geschlossen. Bei Anbohrungen von Wasser- oder Dampfleitungen empfiehlt sich, oberhalb des Bohrers ein starkes Tuch heranzulegen, wodurch ein zu plötzliches Herausströmen der Flüssigkeiten verhindert werden kann. Bei Gas- oder Preßluftleitungen darf die nötige Vorsicht nie außer acht gelassen werden.

Nachdem die Verbindung des Absperrhahns mit dem angebohrten Rohr hergestellt ist, können Bügel und Bohrratsche entfernt werden. Diese Art von Anflanschen erspart das sonst so lästige Abstellen der Hauptleitung und andere Mißlichkeiten wie Nacharbeit oder das Eindringen von Luftblasen. Auch ist diese Arbeit beträchtlich billiger als das zeitraubende Unterbrechen der Hauptleitung mittels Zwischenstück.

Paul Bleicher.

Die Hochbrücke

Wie ein weites, brotfarbnes Meer wogen die Felder Indianas. In die blanken Stahlschienen der Eisenbahnstrecken spiegelten sich die Ähren. Die Bahnstationen liegen inmitten riesiger Obstgärten versteckt. Die Bäume tragen ihre Ernten in Millionen Tonnen den Stationen und Häfen aller Kontinente zu.

Wir waren auf der Flucht von Sodom und Gomorra, das hinter uns alle Fabriktore schloß und Feuer und Schwefel. Verzweiflung und Arbeitslosigkeit niederregnen ließ. Wir sahen nicht zurück. Kein Ausweg war in den offenen Armen der Landstraße und inmitten der brotfarbenen Felder Indianas.

„Ist hier irgendeine Arbeit zu finden?“ fragten wir jemanden an einer Station, der auf einer Bank bei einer Tankstelle döste.

„In ganz Indiana ist keine Arbeit mehr. Hier am Ort sind für jede Arbeit zwölf Mann. Jeder wartet, daß der andere krenieren möchte! — Keiner fragt nach dem anderen. Jeder will sich selbst behaupten. Ja, hier gibt es sogar Leute, die sich für Geld Arbeit kaufen, anstatt einfach zu erkennen, daß alle ein Recht an alles haben und ...“

„Hallo! — Hier ist Sache!“ rief uns ein rothaariger Motorfahrer, der unserem Gespräch von der Tür der Station zugehört hatte. Er kam auf uns zu. — „Ich brauche Leute für eine Nietkolonne! Brückenbau! drei, vier Meilen von hier!“

„Wir sind mit dem Meißel zwischen den Zähnen groß geworden!“ prahlte Ed, ohne einen festen Lohn oder Arbeitszeit abzumachen.

„Preßlufthammer?“ schnarrte der Rothaarige. Seine Frage war mehr ein Befehl als ein Angebot.

„Pittsburger Stahlwerke!“ erwiderte ich. Von dort hatte ich Papiere, daß ich ein halbes Jahr eine Stahlsäge geführt hatte.

„Morgen früh! — Punkt sechs!“

Er gab uns einen Zettel seiner Firma und Adresse. Bei Sonnenuntergang kamen wir an. Ein Hochbrückenbau. Die Pfeiler standen noch teilweise in Holzverkleidung. Punkt sechs Uhr morgens standen wir vor dem Boß.

„Hocharbeit! — Schwindelfrei?“ schärfte er uns ein.

„Natürlich!“ sagte Ed. Er war nie mehr als mit einem Fuß von der festen Erde weg gewesen. Aber unsere Därme krümmten sich nach Brot.

Ich hob den Lufthammer, markierte den Fachmann und tastete vorsichtig nach den Schalthebeln. Der Hammer sprang voll an, riß sich aus meiner Hand, warf sich gegen den Werkzeugkasten und wollte auf den Boß loshämmern, als ich ihn wieder zu fassen kriegte und ausschaltete.

„In Pittsburg müßt ihr ordentlich mit dem Werkzeug herumgeast haben!“ knurrte und schimpfte er. Dann notierte er unsere Namen in seinem Kalender, versprach einen wahrscheinlichen Lohn, den er nie bezahlen würde und wir kletterten die Pfeiler hoch. Wir hingen im Gerüst wie Spechte am Holz. Keine Sicherheitsgurte, keine Schutzgelder. Wie Käfer zwischen schaukelnden Grashalmen kletterten wir von T-Träger zu T-Träger, balancierten über rissige Planken und schlossen den Hammer an das Gebläse an. Um die Fundamente der Pfeiler öffnete der Strom unter uns sein kühles Bett mit schäumenden Strudeln. Das spiegelnde Wasser blendete Auge und Gleichgewicht bei jeder Bewegung und bei jedem Werkzeugwechsel.

Die T-Träger haben nicht immer die Breite deiner Schuhnummer. Ein Zentimeter weniger oder mehr bringt, ungegürtet und unangeseilt wie du bist, Absturz durch eisernes Gerippe in den Strom. Du lachst! — Aber du spürst nicht den Wind! Der Wind spielt in dem Eisenbau, daß sich die T-Träger schwingen wie Harfenseiten. Es kribbelt dir in allen Zehen. Manchmal packt ein Windstoß das Gerüst und wirft es gegen die Eisenkonstruktion, daß es dir schwarz und blau vor den Augen wird. Dabei verwickelt sich der Schlauch um Hammer und um Handgelenk, daß dir die Spucke zwischen Zahn und Lippe trocken wird.

Auf einer Plattform unter uns ist eine Feldschmiede montiert, und ein Junge wirft die weißglühenden Niete herauf. Wie Glühwürmer muß sie Ed mit seinem Drahtnetz fangen. Bei jedem Windstoß fliegen sie vorbei und sausen im Bogen wie kleine Meteore hinab in den Strom. Wie soll man ohne Sicherheitsgurt auf dem schmalen Träger die glühenden Dinger greifen? — Und che sie vor den Hammer kommen, sind sie keinen Schlag mehr wert.

Der Wind nahm zu und Ed wurde es unmöglich, noch eine Niete zu angeln. Hatte er wirklich eine geschnappt und eingeführt, war sie schon schwarz und völlig ausgeglüht, ehe ich den Hammer anlegen konnte.

Der Wind schaukelte unsere Wut. Da stieg der Boß zu uns herauf. Er bekloppte die Nietreihe.

„Meißel und Hammer her!“ brüllte er los. Die letzte Niete saß nicht fest. Sie mußte heraus.

Ich wollte mich flink nach dem Werkzeugkasten umwenden, da glitschte ich aus. Der verdammte Ölflack auf dem Träger! Preßlufthammer und Werkzeugkiste sausten neben mir.

Ich schrie im Fallen: „E—e—d!“ und spürte neben mir Hammer und Werkzeugkiste von mir fort schneller in die Tiefe sausen. Der Luftdruck formte mich zu einem gliederlosen Klumpen und nahm mir jeden Widerstand. Die Knie schlugen auf das Wasser und die Arme packten in das Element. Die Strömung riß mich fort. Ich trieb und schwamm. Fünfhundert Meter weiter brachte mich die Strömung an ein Floß.

Ein Schauer fuhr mir durch das Rückenmark. Der Schrecken zitterte sich eine Viertelstunde in meinen Gliedern aus.

Ich lag am Ofen in der Baubude, als der Boß kam und hinter ihm Ed mit langem Gesicht. „Verfluchte Bastards! Verfluchte Bastards!“ das rief er zweihundertfünfzigmal. Zuletzt klang es mir wie „Auf Wiedersehen!“

Papiere hat er keine verlangt, und Lohn . . . ? Unser Lohn wäre nicht der Rede wert gewesen, aber sein Verdienst! — Die volle Werkzeugkiste, der Luftdruckhammer mit Schlauch und Gebläseflasche . . . immerhin! . . .

(Von Jack Conroy, Deutsch von C. P. Hiesgen.)

Kaltes Licht

Das ist die große Sehnsucht der Lichttechniker. Alle unsere gewöhnlichen Lichtquellen, sei es die Petroleumlampe oder Stearinkerze, oder sei es die elektrische Glühlampe, sind Wärmestrahler. Sie alle spenden uns das Licht nur sozusagen als Nebenprodukt. Beim Verbrennen des Betriebsstoffes, also des Petroleums, Stearins, Gases usw., oder beim Glühen des Wolframdrahtes der Glühbirne wird vor allen Dingen Wärme erzeugt. Ein Bruchteil der Energie wird dabei tatsächlich in Licht verwandelt. Bei den modernen Glühlampen sind es etwa 6 vH, bei der Stearinkerze sogar nur etwa ein Zehntel, die der Beleuchtung nutzbar gemacht werden.

Erklärlich ist es daher, daß man Mittel und Wege sucht, um den Wirkungsgrad des Lichtes zu verbessern. Der Hebel dazu konnte natürlich nur bei der Glühbirne angesetzt werden, da diese noch die allergünstigste Lichtausbeute ergibt. In neuester Zeit ist es nun einer Berliner Studiengesellschaft für Beleuchtung vortrefflich gelungen, große Erfolge, wenn auch vorläufig hauptsächlich nur im Laboratorium, zu erzielen. Immerhin muß erwähnt werden, daß das Prinzip, auf dem die Gesellschaft weiterarbeitet, schon ziemlich alt ist. Die großen Leuchtröhren der Reklameinschriften, wie wir sie seit langer Zeit an allen Straßenecken finden, geben hiervon beredtes Zeugnis. Sie alle sind Gasentladungslampen, das heißt sie weisen keinen Glühdraht auf, der beim Stromdurchgang hell aufleuchtet, sondern sie besitzen nur an ihren beiden Enden Stromzuführungen (Anode und Kathode), die in beiden mit einem Edelgas (Neon, Argon usw.) gefüllten Glaskörper hineinragen. Werden nun die Zuführungen in einen Stromkreis höherer Spannung gelegt, so wandern Elektronen (das sind allerwichtig kleine unsichtbare Träger des elektrischen Stromes) von der Anode zur Kathode. Diese Elektronen prallen mit großer Geschwindigkeit auf die Atome des Füllgases auf und bringen sie dadurch zum Leuchten. Das Leuchten geht aber ohne Verbrennen des Gases vor sich; es ist also ein kaltes. Die Strahlen, die so von dem Gase ausgesandt werden, erscheinen jedoch leider unserem Auge farblos, je nach der Gasfüllung, rot, grün usw. Man verwendet diese Art von Lampen daher bis jetzt in der Hauptsache nur für Reklamezwecke. Ihr Wirkungsgrad ist aber im Verhältnis zur gewöhnlichen Glühlampe außerordentlich hoch.

Die erwähnte Studiengesellschaft hat in sinnvoller Weise eine kombinierte Gasfüllung für solche Gasentladungslampen entwickelt. Sie enthalten hauptsächlich Krypton, ein selten vorkommendes Edelgas. Beim Einschalten der Lampe werden nun noch zusätzlich Natriumdämpfe entwickelt. Auf die auflappenden Elektronen wirkt das schwere Kryptongas wie eine Feder. Die Elektronen werden daher mit immer größerer Geschwindigkeit hin und her gestoßen und treffen so mit ungeheurer Kraft auf die Atome des Natriums, die jetzt angestoßen werden und dadurch das dem Natrium eigentümliche gelbe Licht ausstrahlen. Dieses gelbe Licht ist äußerst angenehm und für normale Beleuchtung verwendbar. Mit der Lampe hat man Wirkungsgrade bis zu 80 vH erzielt, die man wohl als obere Grenze setzen muß. Sollte es bald gelingen, auf dieser Basis Lampen für den praktischen Gebrauch für billiges Geld herzustellen — vorläufig sind natürlich die Laboratoriumsausführungen ziemlich kostspielig —, so darf man selbstverständlich nicht so viel von ihnen erwarten. Wirkungsgrade von 40 vH sind heute immer schon das Achtsache unserer guten alten Glühlampe.

A. Jänicka.



Familie und Heim



Korsett oder Haltung?

In einem Modebrief las ich dieser Tage: „Die neue Form der Kleider verlangt eine bessere Haltung von der Frau, und da die ziemlich lange Zeit der niedrigen Kleider viele Trägerinnen dazu verleitet hat, sich gehen zu lassen, muß unbedingt ein Miederleibchen, ein Korsett oder ähnliches, unter den Kleidern getragen werden, wenn sie gut aussehen sollen.“ — Da wären wir nun also glücklich soweit. Die Prophezeiung der langen Röcke und des Korsetts scheint einzutreffen, wollen wir das wirklich mitmachen?

Gut aussehen wollen wir alle, selbst im einfachsten Kleid. Und gut aussehen werden alle diejenigen Mädels und Frauen, deren sport- und bewegungsgewandter Körper rechtzeitig dafür gesorgt hat, daß sie sich nie „gehen ließen“. Sie werden daher auch lächelnd auf die „Notwendigkeit der Korsettierung“ verzichten.

Etwas Wahres liegt aber doch in der Ausführung der Modeberichterstatte. Es gibt nämlich viele, allzu viele, die sich haben „gehen lassen“. Die Einfachheit der schnell überzustreifenden kurzen Gürtelkleidchen kam der Lässigkeit entgegen, die leider manche mit Arbeit überbürdete Frau in bezug auf ihre Kleidung walten läßt. Und weil es zwanglos und man sehr schnell fertig war, so sah man gar nicht erst viel in den Spiegel, man dachte nicht daran, sich einmal prüfend zu betrachten. Sauber, praktisch, einfach, billig — war das nicht genug?

Nun geht aber in der wärmeren Jahreszeit eben doch da und dort trotz der Geldknappheit diese und jene Frau daran, sich etwas Neues, Leichtes, Gefälliges anzuschaffen. Die Angebote sind niedrig, man wagt es, und man findet plötzlich, daß man in dieses Neue nicht hineinpaßt, daß man die Schultern straffer halten, dem Leib irgendeinen Halt geben müßte. Und weil Maßleibbinden und Maßmieder sehr teuer sind, kauft man irgend solch ein fertiges Mieder- und Zwangsinstrument, wunderschön rosa oder mattblau seidenglänzend, und eigentlich recht billig. In der ersten Stunde des Tragens kommt man sich vor, wie „eine ganz andere Frau“ — straffer, schlanker, man freut sich. Abends ist man natürlich heilfroh, das Ding vom Leibe herunter zu haben. Man hofft, daß sich das bald gewöhnt und hält mit einer Standhaftigkeit, die einer besseren Sache würdig wäre, am zweiten Tage eine Zeitlang die Sache aus. Dann bemerkt man, daß dieser oder jener Stab drückt, daß er eigentlich überflüssig wäre, man entfernt ihn. Am nächsten Tage ist noch dies und jenes Stäbchen überflüssig, und man setzt den „Abbau“ fort, und nach wenigen Tagen oder vielleicht Wochen hat man ein formloses Etwas, das weder Leib noch Haltung stützt und das man bald weglagt, weil man nicht aushalten kann. Und das neue Kleid? Nun, die eine trägt es schlecht und recht, wie es eben sitzt, die andere läßt mit dem unbrauchbaren Mieder zusammen im Schrank und greift wieder zum alten, bequemeren Kittelkleid, mag sie damit aussehen, wie sie will. Dies das Außerliche.

Wir sind hier aber nicht beim Modebericht, sondern bei dem Nutzen der Frau, dem körperlichen und geistigen. Und da müssen wir sagen, daß es nicht Eitelkeit zu sein braucht, die ein neues Kleid besser zur Geltung bringen möchte, wenn die Frau die Anschaffung einer Leibstütze in Erwägung zieht. Körperliches „Hängenlassen“ ist der erste Schritt rückwärts. Was schwere Arbeit, Kriegsernährung, Kummer und Sorgen, Entbehrung und mangelnde Pflege am Körper einer Frau für Schaden anrichten können, ist gar nicht abzuschätzen. Spannkraft, Selbstbewußtsein und Anteilnahme am Wellenschlag der Zeit ist aber nur in einem Körper vorhanden, der nicht unter tausend und abertausend kleinen Nöten und Unzulänglichkeiten leidet.

Wievielen Frauen unter uns, die vielleicht erst den besten Willen hatten, ist nach und nach im zermürben-

den Kampf mit den kleinen und doch, ach so wichtigen Dingen des Alltags aller Mut verloren gegangen. Sie erheben sich morgens unfroh und sehen sich einer Bürde von Arbeit gegenüber, die sie kaum bewältigen können, weil sie schon nach wenigen Stunden erschöpft sind: Die leidigen Schmerzen im Kreuz, das Brennen der Fußsohlen, die angeschwollenen Gelenke — und keine halbe Stunde Zeit zum Ausruhen. Und während sich die müden Hände rühren, arbeiten die Gedanken immer und immer erfolglos daran, die Fragen zu beantworten: Wie soll es alles werden, wie soll das weitergehen? Kommt dann der Abend, so findet er eine erschöpfte Frau, die kaum Lust hat, noch einen Gang durch die Abendluft zu tun, den Lungen einen frischen Atemzug zu gönnen.

Man kann natürlich nicht jeder Frau einfach „Haltung“ diktieren, und wer wagte es, einer Ermüdeten, die stundenlang gebückt beim Waschfaß stand, gymnastische Übungen für Körperhaltung vorzuschlagen? Da hilft eine Leibbinde entschieden besser!

Man kann nur immer und immer wiederholen, daß sich die Frau viel mehr noch als bisher vom Althergebrachten losreißen muß. Jede Frau, auch die ärmste, hat ein kostbares Eigentum, ein unersetzliches Kapital, das ist sie selbst und ihr gesunder Körper. Was sie aufwendet, diesen Körper vor Schädigung und Vernachlässigung zu bewahren, ist besser angelegt, als das höchstverzinsliche Sparguthaben. Viel mehr, als es jetzt geschieht, müßte die Tätigkeit der die Gesundheit fördernden Beratungsstellen und Ämter sich darauf erstrecken, die Frau, die Mutter gesund und widerstandsfähig zu erhalten. Entsprechende Schonung und Körperpflege während der Schwangerschaft, nach der Entbindung und auch in den Jahren beginnenden Welkens müßte der Frau nicht nur kostenlos ermöglicht, sondern viel besser zwangsmäßig als Pflicht auferlegt werden.

Anstatt mit Erhebung von Gebühren die Frauen nur noch mehr davon abzuschrecken, sich einen Krankenschein auf der Kasse zu holen (Kosten und ein verlorenes Vormittag werden nur allzusehr gefürchtet), sollten unentgeltliche Beratungsstellen für jedermann eingerichtet werden. Und mehr Belehrung der Frauen, mehr persönlich arbeitende Aufklärung ist notwendig.

Wäre da vielleicht eine Möglichkeit, daß unsere Konsumvereine die für die GEG bestehenden verschiedenen Betriebe für Wäsche- und Kleideranfertigung durch eine solche angegliederte Bandagenfabrikation erweiterten? Wenn die Mitglieder der Konsumvereine durch eine fachmännisch gebildete Frau besucht würden, die einwandfrei und ohne Verdacht des Profithungers die Frau jeweils beraten kann, ob sie eine Leibstütze braucht, wie diese beschaffen sein muß und wie äußerst die Kosten dafür zu stehen kommen, so wäre damit mancher Fehlkauf verhütet und manche ärgerliche Geldausgabe für etwas Unbrauchbares. Und das Geld, das, wie erwähnt, die Arbeiterfrau am ersten für so etwas übrig hat, käme dann nicht irgendeiner kapitalistischen Unternehmung, sondern den Mitgliedern des GEG-Unternehmens selbst wieder zugute. Zweifellos wäre dann mit der Hälfte des üblichen Betrages eine solche Anschaffung zu ermöglichen, sehr zu Nutz und Frommen derjenigen Frauen, die aus Rücksichten der Gesundheit unbedingt eine solche Leibstütze haben müssen.

Wenn es dann darauf ankommt, daß sie Haltung zeigen sollen, dann bedürfen sie der Charakterstützen. Und weil sie kein eigenes klares Urteil haben, so fallen sie der ersten besten Beeinflussung anheim und tragen ihre Stimme vielleicht ins Lager der heftigsten Gegner. Es ist hier das gleiche: Wer Haltung aus sich selber hat, ist am besten dran. Wer Stützen braucht, soll sie dort suchen, wo seine eigenen Interessen liegen — nicht auf der Gegenseite!

M e h a.

hin. Und stockt. Plötzlich, jäh, entsetzt. Für eine Sekunde gelähmt. Schließt die Augen, will es nicht sehen, öffnet, sieht unfaßbar.

Das Gesicht steht noch immer dort. Drüben in der Luft. Dieses unheimliche Gesicht. Diese Augen, die sie kennt. Dieser Mund, vor dem sie Angst hat. Das Gesicht will nicht verschwinden. Es bleibt, starrt sie an, blinzelt verwundert, lächelt. Lächelt immer noch. Ist wirklich. Kein Wachtraum, der äfft. Ist wirklich, wirklich, wirklich.

Fritz, der am Büfett steht mit Weingläsern in der Hand und in der anderen eine Serviette ihr entgegenschwenkt.

Marie stehen die Schweißtropfen auf der Stirn. Fauchte, kalte Tropfen. Ihr Gesicht ist plötzlich blaß, fahl, gelblich wie die Blätter, die draußen in der Luft wirbeln. Sie will das nicht sehen. Das kann nicht sein. Alles in ihr schreit: Nein! Sie wird schwach. Fast leblos. Schwer liegt sie Gerd im Arm. Sie sieht vorbei an ihm. Hoffnungslos auf den Boden. Nur ein Gedanke lebt in ihr: Fort! Fort von hier! So schnell als möglich! Verbergen, sich verbergen! Irgendwo!

Gerd, dem ihre Schwäche und Blässe, das jäh Erschrecken sofort auffallen, fragt erschrocken. Stockend weichen Maries Antworten aus. Dann klammert sie sich plötzlich an die Ausrufe, die er selbst ihr in den Mund gibt: Unwohlsein, Herzstiche. Sofort bricht er den Tanz ab, stützt sie und bringt sie an den Tisch zurück.

Trude war im ersten Augenblick etwas verstimmt über die unerwartete Störung des so schön begonnenen Abends. Jetzt, wo sie aber Maries Gesicht sieht, diese Blässe und dieses Zucken in ihm, ist sie ganz Freundin und besorgt. In Eile ruft Gerd nach dem Kellner und bezahlt. Trude und Marie sind schon vorangegangen, warten an der Tür. Gerd kommt immer noch nicht. Trude beruhigt Marie und geht zurück, Gerd suchen, der sie vielleicht nicht findet.

Hastig will Marie hinaus aus dem Tor. Auf die Landstraße, wo sie sich sicherer glaubt. Da steht schon Fritz neben ihr, legt seine Hand auf ihre Schulter.

„Marie! Marie! Ja, kennst du mich nicht mehr, Marie?“

Jäh dreht sie sich um und sieht ihn feindlich an. Er steht da und lacht, greift nach ihrer Hand, die willenlos wird wie ihr Gehirn. Hilflos, fassungslos blickt sie Fritz an, der verwundert den Kopf schüttelt.

„Ja, was hast du denn, Marie? Marie? Freust du dich denn nicht, Marie?“

Was soll sie ihm antworten? Er steht da, fest auf der Erde. Frisch und heimgelöst, Lachen und unsinnige Fragen. Er versteht sie ja nicht. Jetzt begreift es Marie: Es ist nur Ahnungslosigkeit, bestimmt nicht Verlogenheit, nur Verständnislosigkeit und Leben, das nicht fragt.

Ein Gedanke blitzt durch Marie: „Ist so der Mann? Ist das, das hier — Mann? Kann das vielleicht gar nicht anders sein als so?“

Marie steht schweigsam und geduckt. Sie kann ja doch nicht mehr entrinnen. Alles hat sich zu schnell abgespielt, ist zu überraschend gekommen. Sie weiß überhaupt noch nicht so recht, was ist. Und sie hört wohl die Worte, die er kopfschüttelnd in sie hineinredet; aber sie versteht sie nicht.

Da sind auch schon Gerd und Trude und sehen verwundert Fritz an, der nicht mehr im weißen Kellneranzug, sondern in einem eleganten, gutgeschnittenen, blauen Anzug ist, sehen erstaunt und fragend auf Marie, die sich jetzt zusammennimmt und gezwungen lächelnd vorstellt.

„Ein Bekannter von mir. Noch vom Gut her, weißt du, Trude. Wir haben uns oben ganz zufällig hier —“

Fritz, lebendig, geschäftig, fällt ihr ins Wort. Wendet sich zu Gerd und Trude. Mit einer eleganten Verbeugung, die ihm gut steht, mit einer Quecksilbrigkeit, die belustigt und besticht. „Die Herrschaften gestatten — Baltrusch. Fritz Baltrusch. Oberkellner. Hier im Lokal.“

Marie hört seinen Namen. Hier, jetzt zum erstenmal.

Gerd und Trude lachen amüsiert, erwartungsvoll. Gerd stellt sich ebenfalls vor, macht den Kellner mit Trude bekannt.

Wieder Verbeugungen von Fritz. Händedrucke. Und wieder sprudeind und springelnd:

„Freut mich. Freut mich sehr! Außerordentlich. Kaum zu sagen. Ja. Stellen sich vor, die Herrschaften: Stehe da am Büfett mit der leeren Fuhre, denke so, na, na, is der Tag alle, verstehse? Sollte abgelöst werden, nich wahr! Kieke so, wie man so eben kiekt, wenn man so'n bißken doof is von der Arbeit. Und sage auf einmal, Donnerwetter, sage ich mir, das Gesicht kennst du doch? Ja, das ist doch die Marie? Aber natürlich is se's! Vielmehr, war se's. Weg war se nämlich, verstehse. Hat mich natürlich nicht mehr erkannt. Nach den Jahren, nich wahr? — Na, ich die Fuhre abgeben, an'n Kollegen, raus aus der Kluft, in Gala und auf die Suchel! Und sehne, was soll ich Ihnen sagen — erwische ich sie grade man noch grade, verstehse, so zwischen Tür und Angel, nich wahr?“

Trude lacht: „Na, da haben Sie aber Glück gehabt!“

„Stimmt, gnädiges Fräulein! Stimmt wie meine Kassel! Und ob wir das Glück gehabt haben! Was, Marie? Soll uns einer nachfühlen, was? — Wissensse, wir waren doch damals dicke Freunde. Mächtig dick, verstehse. Sehr gute Freunde sogar! Haben uns glänzend verstanden. Und daß man sich da freut, wenn man sich ganz per Zufall wieder sieht, wo man wie verschollen gewesen war, — na Sache! Stimmt doch! Nicht wahr, Marie?“

Und lacht ungehemmt und ehrlich, klopft ihr auf die Schultern, steckt Gerd und Trude an, während Marie mit lautlosem, mit aller Kraft erzwungenem Lachen, das echt aussieht, dasteht und verlegen nickt.

Plötzlich Fritz mit komisch erschrockenem Gesicht: „Aber sagen Sie, Sie wollen doch nicht etwa schon gehen? Mir die Wiedersehensfreude vermiesen! Sowas muß doch gefeiert werden. Na, aber natürlich doch! Sie wissen: Wenn Freunde sich mal wiedersehen, na, und so weiter! Nicht wahr?“

Trude erinnert sich jetzt, erzählt von Maries Unwohlsein und fragt besorgt, Marie wehrt verlegen ab. „Ist schon wieder besser. Ist ja schon wieder vorbei.“

Was hat es jetzt noch für einen Sinn, sich zu wehren. Es kommt ja doch alles, wie es kommen muß. Man selbst spielt ja doch nicht mit. Warum soll sie jetzt noch Trude deshalb den Spaß verderben, mit Gerd zusammen zu sein? Es ist ja alles so gleichgültig. Marie fühlt eine so maßlose Feigheit in sich, die sie wehrlos und hilflos macht. Sie fühlt, daß sie jetzt vor allem Zeit braucht, um sich zu sammeln und zu entschließen.

„Na also!“ lacht Fritz und klopft Marie auf die Schulter: „Eine kleines Webwehchen. Kann jeden mal ankommen und geht vorbei. Hauptsache, daß es vorbei ist, nicht wahr? Gerade jetzt hierbleiben — dann gibt sich das. Und hören Sie doch mal den Walzer, den Schmalz, das Tempo. Und da wollen Sie gehen? Nee doch — is nicht!“

(Wird fortgesetzt)

Das Leben der Marie Szameitat

Von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Böhmerkreis GmbH“, Berlin 1931

XI.

Heute ist Sonntag. Der Sonntag, auf den Marie gewartet hat. Trude und Gerd stehen schon unten auf der Straße und klatschen in die Hände. „Ja doch!“ Marie winkt hinunter. „Ja doch, ich komme schon!“

Das ist ein herrlicher Herbstsonntag. Vielleicht der letzte schöne in diesem Jahr. So empfindet es Marie. Marie fühlt das alles wie ein Erlebnis, das sie besonders angeht.

Sie bleiben stehen. Über ihnen breitet der Aborn in einer langen Allee. Ein Scharlachblatt, das von oben gewirbelt kam, hat sich in Maries Spitzenkragen verfangen. Behutsam, als wolle sie der Schönheit des Blattes nicht wehtun, nimmt Marie das Blatt fort und steckt es in eine Zaunmasche. Da leuchtet es nun wie eine kleine brennende Fahne vor den Goldblättern, Dahlien, Astern und Chrysanthenen, die aus dem Garten herausleuchten wie ein großes Abschiedrufen. Marie hat so viel zu bestimmen: bald eine Linde, die sich von Sonne überfluten läßt, bald einen Kiefernbaum, der blitzend aufleuchtet, bald den See, der wie eine Malerpalette blinkt, bald ein Rotkehlchen, das vor all dieser Schönheit steht und immer und immer wieder karrt. Marie möchte es ihm am liebsten nachsehen. So sehr ist sie erfüllt von aller Freude. Den ganzen, langen, herrlichen Nachmittag hindurch.

Das Tanzlokal ist wirklich eine Überraschung. Beinahe zu fern für mich, sagt sich Marie; aber sie bemerkt sich. Ist sie denn nicht selbst schön, schöner vielleicht als die, so denken sie da vorbeigehend? Und sie weiß das jetzt und sie freut sich verstellten ein ganz klein wenig darüber, wenn sie auch etwas für dieses Wissen sich schämt.

Endlich finden sie einen Tisch, der gerade frei wird und im Wettrennen mit anderen erobert werden muß. Ein Aufstöhnen, daß man sitzt. Ein Glück, daß der Kellner in der Nähe ist, schnell abzurufen und die Bestellung entgegenzunehmen.

Gerd, der im Verwaltungsbüro einer großen Fabrik beschäftigt ist und gestern die Bestätigung seiner festen Anstellung und Gehaltsverbesserung erhalten hat — nun können Trude und er auch mit gutem Gewissen heiraten —, bestellt zur Feier de Ereignisses eine Flasche Wein, die bedächtig und sorgsam ausgesucht wird.

Die beiden folgen dem Ruf eines neuen Tanzes, der in den Saal lockt. Marie ist allein. Seltsam, dieses gedämpfte Geigenpiel! Wie unwirklich flattern diese Rhythmen aus der Saaltür in die Glasveranda, schwimmen und schwanken in der Luft über diesen summenden Stimmen- und Lachengewirr, schmiegen sich hinein in Marie, einschmeichelnd und beinahe aufreizend. Die Lippen haben sich ihr wie einem neugierigen Kinde ganz wenig hochgehoben. So sieht sie in die leichte Fröhlichkeit der Pärchen hinein. Und wippt fast unmerklich mit dem Kopf zur Musik, hebt und senkt die Fußspitzen im Takt, summt leise mit den Geigen mit und nippt ab und zu an dem Glas. Marie ist sehr glücklich.

Als Trude und Gerd zurückkommen, müssen sie anlachen über Marie, die sie gar nicht hat kommen hören und aufschreckt.

Nun tanzt auch Marie. Erst mit Gerd, dann schon mit fremden Tänzern, die sich bald vor Marie drängend verbeugen und sie auffordern. Doch sicher und frei tanzt Marie nur mit Gerd, der ihr nicht fremd ist.

So auch jetzt. Einen Straußischen Walzer. Weich und schmeigsam ist der. Marie lacht ihn sehr. Sie walzen gerade auf die Schmalseite zu, wo das größte Büfett ist. Hell, sorglos-almuggelos lacht Marie auf. Über ein Kompliment, das Gerd ihr gemacht. Sie will ihm erwidern, mit einem Scherz, nicht danach, sieht dabei über Gerd's Schulter zum Büfett

Vierter Bauarbeiter-Schutzkongreß

Die freigewerkschaftlichen Verbände der Bauberufe haben ein vierzigjähriges Bemühen für den Bauarbeiterschutz hinter sich. In harter, zäher Kleinarbeit ist planmäßig ein umfassendes Schutzrecht für den deutschen Bauarbeiter aufgebaut worden. Dem Ringen für den Bauarbeiterschutz dienen auch die Bauarbeiter-Schutzkongresse, deren vierter am 8. und 9. Juni 1931 in Berlin abgehalten wurde.

Seit dem letzten Bauarbeiter-Schutzkongreß, der 1913 in Leipzig tagte, sind 18 Jahre verflossen. Vieles hat sich in der Zeit geändert, eine blühende Volkswirtschaft ist durch den Wahnsinn des Weltkrieges zugrunde gerichtet; ein neues Staatswesen ringt unter den schwierigen Verhältnissen für ein verarmtes, notleidendes Volk. Seit dem letzten Kongreß ist auch im Bauarbeiterschutz vieles anders geworden, manche alte Bauarbeiterforderung ist erfüllt worden. Und doch kann von einem vollständigen, einheitlichen Bauarbeiterschutz noch nicht gesprochen werden. Alles ist im Fluß. Die veränderten Bauarten, die Anwendung der Maschine, Verbesserung der Werkzeuge, neuzeitliche Werkstoffe haben die Arbeit des Baumenschen von Grund auf verändert. Erhöhte Berufsgefahren sind zu verzeichnen. Der Bauarbeiterschutz muß den veränderten Produktionsmethoden angepaßt werden. Darum war der vierte Schutzkongreß eine zwingende Notwendigkeit.

Für uns Metallarbeiter erhält der Bauarbeiterschutz erhöhte Bedeutung. Wesentliche Teile der Metallarbeiterschaft finden im Baugewerbe ihr Unterkommen. Der großstädtische Hochbau mit seinem Stahlskelett ist der beste Beweis von der Umstellung, die im Bauwesen vor sich gegangen ist. Aus diesem Grund waren auch die Metallarbeiter durch eine ansehnliche Abgeordnetenzahl auf dem Kongreß vertreten.

Dem vierten Bauarbeiter-Schutzkongreß ging eine öffentliche Kundgebung im Deutschen Reichstag voraus. Vierhundert Vertreter aus dem ganzen Deutschen Reich hatten sich eingefunden, um ihre Forderungen auf neuzeitlichen Arbeitsschutz zu begründen und auf ihre Dringlichkeit vor der Öffentlichkeit hinzuweisen. Die Ansprachen wurden auf dem Deutschlandsender übertragen, damit auch die Massen im Reich Anteil hatten an diesen wichtigen Vorgängen. Von den Behörden und öffentlichen Körperschaften, die mit dem Bauarbeiterberuf in Berührung stehen, waren Vertretungen erschienen, um die Wünsche und Forderungen der Bauarbeiter entgegenzunehmen. Die Eröffnungskundgebung sah eine Begrüßungsansprache von Theodor Leipart, dem Vorsitzenden des ADGB, und einen Vortrag von Nikolaus Bernhard, Vorsitzender des Deutschen Bauergewerksbundes, über Zweck und Ziel des Bauarbeiterschutzes vor.

Theodor Leipart gedachte in seiner Ansprache der verstorbenen Kollegen Gustav Heinke und Hermann Silbermann, die beide ein Menschenalter bahnbrechend für die Sache des Bauarbeiterschutzes gewirkt haben. Der Bundesvorstand hat den Bauarbeiter-Schutzkongreß einberufen, um in der Krise zum Ausdruck zu bringen, daß auch unter den heutigen ungünstigen Wirtschaftsverhältnissen ein umfassender Schutz der Bauarbeiter eine Notwendigkeit ist. Die veränderten Bauweisen bringen erhöhte Gesundheitsgefahren. Den Opfern bleibt dann der Arbeitsmarkt gründlich verschlossen. Die Unfallverhütungsvorschriften für den Hochbau sind seit 14 Jahren vereinheitlicht worden. An den Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau und für die Montage von Zentralbauten wird zur Zeit gearbeitet und es muß verlangt werden, daß sie auch baldigst in Kraft treten. Solange dies nicht geschieht, ist ein einheitlicher Unfallschutz im Baugewerbe nicht möglich. Das gleiche gilt für die Musterverordnung zum Schutze gegen Gefahren bei Bauarbeiten. Den Berufskrankheiten und der Gewerbehygiene im Baugewerbe ist volle Aufmerksamkeit zu widmen.

Ungeklärt sind noch die Fragen der Bauaufsicht. Das heutige Nebeneinander der Überwachungsorgane von Baupolizei, von Gewerbeaufsicht und von Berufsgenossenschaften ist unwirtschaftlich. Im Jahre 1928 machte der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund Vorschläge zur Vereinheitlichung der Bauaufsicht. Leider ist von der Gesetzgebung noch nichts geschehen. Die Bauarbeiter fordern dringlichst Einstellung von Baukontrolleuren aus ihren Kreisen. Ablehnen müssen wir das Bestreben des Deutschen Städtetages, der aus finanziellen Erwägungen einen Abbau der Baukontrolleure anregt. Die Berufsgenossenschaften können allein die Kontrolle nicht ausüben. Der Einfluß der Arbeiter in den Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherung muß dem Geist der Reichsverfassung gemäß erweitert werden. Zur Zeit bemühen sich die Unternehmerverbände um einen allgemeinen und erheblichen Abbau der sozialen Einrichtungen in Bauberufen. Der Bauarbeiter-Schutzkongreß erhebt entschieden Widerspruch gegen diese Absichten und verlangt, daß den Opfern der Arbeit die ihre Arbeitskraft und Gesundheit auf dem Schlachtfeld der Arbeit unwiederbringlich verloren haben, die Unterstützung unverkürzt erhalten wird. Die Unfallberufsgenossenschaften haben nicht nur Unfälle zu entschädigen, sondern auch die Unfallverhütung auszuüben. Darum ist die Mitwirkung der Arbeiter wichtig. Wir werden auch in Zukunft auf dem Gebiete des Bauarbeiterschutzes durch Einigkeit und diszipliniertes Vorgehen vorwärts kommen.

Nikolaus Bernhard sprach dann über

Zweck und Ziel des Bauarbeiterschutzes.

Mit großer Sachkunde behandelte er die Veränderungen, die auf den Betriebsstätten des Baugewerbes zu verzeichnen sind, und beleuchtet die großen Gefahrenquellen. Ein Kampf spielt sich fortwährend um das wichtigste unfallverhütende Hilfsmittel im Baugewerbe, das Gerüst. Die Vermehrung der Baumaschinen ist eine weitere Gefahrenquelle. Die schwersten Gefahren sind aber die Leistungssteigerungen, die den Bauarbeitern aufzuerzwingen werden. Bauarbeit ist heute Hetzarbeit. Wühlarbeit schlimmster Art. Wir fordern Verkürzung der Arbeitszeit, Verbot der Akkordarbeit und erhöhten Unfallschutz. Immer verlaufen noch im Baugewerbe alljährlich eintausend Unfälle tödlich. Die Überwachung der Bauten ist darum dringend notwendig. Bei der Auswahl der Bauaufsichtsbeamten ist größte Vorsicht am Platze. Ihre Vorbildung muß so sein, daß der Aufsichtsbeamte die Bauarbeit und ihre Folgen gründlich übersehen kann. Am geeignetsten erscheinen uns Baukontrolleure, die aus dem Arbeiterstand hervorgegangen sind. Einer Überwachung und Verbesserung bedarf die Arbeiterfürsorge auf dem Bau. Die Reichsregierung sollte endlich ihren Entwurf einer Musterverordnung zum Schutze gegen Gefahren bei Bauarbeiten fertigstellen. Redner bespricht ferner die Berufskrankheiten der Bauarbeiter und fordert ein Verbot der Frauenarbeit auf Bauten; er schloß seine Rede mit der Er-

kenntnis: Der Mensch hat bei Anwendung seiner Arbeitskraft doch mancherlei Gefahren und Schädigungen in Kauf zu nehmen. Daß diese den Nutzen der Arbeit für den Besitzer der Arbeitskraft nicht überwuchern, muß die fürsorgliche Tätigkeit des Arbeiters selbst, des Unternehmers und des Staates sein.

Den Vorträgen folgten Ansprachen. Ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, Dr. Groner, bezeichnete den Bauarbeiterschutz als Dienst am deutschen Volke. Professor Dr. Ritzmann vom Internationalen Arbeitsamt in Genf war ebenfalls erschienen, um die Wünsche der deutschen Bauarbeiterschaft kennenzulernen.

Bei den Begrüßungsansprachen nahm auch Vorstandskollege Tost, Berlin, das Wort, um über die Unfallgefahren zu sprechen, denen die Metallarbeiter im Baugewerbe ausgesetzt sind. Zum Beispiel die Bauklemper, die beim Anbringen von Dachrinnen, Dachabdeckungen, Turmkrönungen usw. oft geradezu halbbrecherische Arbeiten ausführen müssen. Unter ähnlichen Bedingungen müssen die Bauschlosser arbeiten. Für beide Branchen ist der Bauarbeiterschutz zur Zeit sehr ungenügend. Außerordentlichen Unfallgefahren sind unsere Kollegen bei den Eisenhochbauten und Stahl-Skelettbauten ausgesetzt. Hierauf ist besondere Aufmerksamkeit zu lenken. Zusätzliche Gefahren bringt der Werkstoff, der durch seine Größe und Schwere unheilbringend wirkt. Die Arbeiten werden in bedeutender Höhe ausgeführt, darum ist der Schutzgerüstbau für uns eine Lebensfrage. Der Metallarbeiter handhabt auf dem Baugerüst das schwerste Arbeitsgerät. Noch immer beobachten wir, daß Feldschmieden und Bohrmaschinen auf schmalen Brettern aufgestellt sind. Schutzvorschriften müssen Gesetzeskraft erhalten. Auch ist uns eine ausreichende Schutzkontrolle zu gewähren. Die gesundheitlichen Schädigungen sind groß, die das Bedienen der Preßluftwerkzeuge mit sich bringt. Wenn auch die Arbeiter, die die Preßluftwerkzeuge bedienen, unter den besonderen Schutz der Berufskrankheiten gestellt sind, so ist ihnen damit nicht geholfen. Wir fordern vorbeugende Maßnahmen, damit ihnen ihre Gesundheit erhalten bleibt.

Die übrigen Berufe des Baugewerbes stellten ebenfalls ihre Forderungen auf. Der Vertreter des Steinarbeiter-Verbandes wies besonders auf die Steinstaubgefahr hin. Der Vertreter der Zimmerleute zeichnete als neue Gefahrenquelle die Anwendung chemischer Mittel zur Imprägnierung und Kipanisierung des Holzes. Besonders bei letzterem Verfahren werden schwerste Gifte, Quecksilbersublimat, Antimonkarbolineum und Nitronlösung, verarbeitet. Der Vertreter des Malerverbandes lenkte die Aufmerksamkeit auf die Verwendung von giftigen Farben und forderte das Verbot von Bleiweiß. Folgende Entschließung zum Vortrag Bernhard fand einstimmige Annahme:

„Dem unermüdlischen Drängen der organisierten Bauarbeiter ist es in Verbindung mit einer fortschrittlicheren sozialpolitischen Gesetzgebung der Nachkriegszeit gelungen, eine Besserung und Vereinheitlichung des Bauarbeiterschutzes zu erreichen. Aber immer noch ist die Forderung der vorangegangenen drei Bauarbeiterschutzkongresse nach einem Reichsbauarbeiterschutzgesetz, das sowohl unfallverhütende als auch sanitäre Vorschriften enthalten müßte, unerfüllt.“

Unfallgefahren und Gesundheitsschädigungen aller Art sind infolge der veränderten Bauweisen, der vermehrten Maschinenanwendung und der Leistungssteigerung der Bauarbeiter gewachsen. Obwohl die Unfallverhütungs-Vorschriften der Bau-

berufsgenossenschaften durch ihre Zusammenfassung und Vereinheitlichung eine Besserung erfahren haben, bedürfen sie doch dringend einer ergänzenden Verstärkung durch reichsgesetzliche Bestimmungen und ihre Durchführung einer noch umfassenderen Kontrolle unter Mitwirkung der Arbeiterschaft.

Der vierte Bauarbeiterschutzkongreß fordert daher von der Reichsregierung eine weitere Förderung des Bauarbeiterschutzes im vorstehenden Sinne und mahnt gleichzeitig die organisierten Bauarbeiter aller Berufe zur nachdrücklichsten Pflege des Verantwortungsbewußtseins und damit des Selbstschutzes als vornehmstes Mittel zur Minderung der Berufsgefahren.“

Nach dieser Kundgebung fand die eigentliche Bauarbeiterschutztagung im Saal des Berliner Gewerkschaftshauses statt. In vier Vorträgen wurde das Wichtigste über die Forderungen des Bauarbeiterschutzes dargelegt. Robert Sachs, Sekretär beim Bundesvorstand des ADGB, sprach über

Die Entlohnung des Bauarbeiterschutzes bis zur Gegenwart.

Die Grundgedanken seines lehrreichen Vortrages waren in einer Entschließung niedergelegt, die einstimmig von der Tagung angenommen wurde.

Eine wichtige Einrichtung des Bauarbeiterschutzes sind die bestehenden Bauarbeiterschutzkommissionen. Gustav Wüst, Berlin, Sekretär beim Bundesvorstand des Deutschen Bauergewerksbundes, hielt den Vortrag über

Zusammensetzung und Aufgabe der Bauarbeiterschutzkommissionen.

Die Bauarbeiterschutzkommissionen sind die geeignetste Form zur Förderung der Bauarbeiterschutzbestrebung, zu deren Beitritt alle beteiligten freien Gewerkschaften verpflichtet sind. Die Kommission hat für die Durchführung der Schutzvorschriften zu wirken und zu versuchen, mit den Baukontrolleuren der Baupolizei, der Gewerbeaufsicht und den Berufsgenossenschaften zusammenzuarbeiten. Besondere Sorgfalt ist auf die Durchführung der Jugendschutzbestimmungen zu legen.

Dr. F. K. Meyer-Brodnitz, Berlin, sprach über Berufskrankheiten im Baugewerbe.

Mit großer Sachkenntnis sprach er über die Gefahren des Baugewerbes, erläuterte die Gesundheitsvorschriften und gab Hinweise für die Verbesserung des Gesundheitsschutzes der Bauarbeiter. Zu diesem Vortrag wurde eine Entschließung angenommen, die vom Zentralverband der Zimmerer eingereicht war und in der ein Verbot der giftigen Imprägnier- und Kipanisiermittel, wie sie heute zur Erhaltung und Konservierung von Holz- und Bauteilen angewandt werden, gefordert wird.

Moderne Baumethoden und die damit verbundenen Gefahren

war das nächste Thema, über das Franz Briel, Hamburg, sprach. Die Technisierung der Betriebe, Verkürzung der Bauzeiten und Sparmaßnahmen haben dem Baugewerbe neue Unfallgefahren gebracht. Die Wirtschaft und Technik müssen sich darüber klar sein, daß mit der Durchführung ihres Programms Verluste an Arbeiterleben nicht aufzuwiegen sind. Wir fordern deshalb erhöhten Arbeiterschutz bei den neuen Arbeitsweisen. Die Wirtschaftsführer lassen dieses Verantwortungsgewühl meist vermissen. Darum stellen wir unsere Forderungen nach besseren Schutzmaßnahmen an die öffentlichen Stellen.

Die angenommenen Entschließungen sind Richtschnur, nach der der Bauarbeiterschutz in nächster Zeit zu gestalten ist. Mögen die Forderungen des vierten Bauarbeiterschutzkongresses überall vernommen und auch von allen Beteiligten anerkannt werden.

Das Rätsel um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen

Von Heinrich Wandt

III.

Der verschwundene Jagdaufseher

Das Armeekorpskommando 4 bekam die Anweisung, den erhobenen Vorwürfen nachzugehen. Es hatte dafür Sorge zu tragen, daß das Rätsel um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen schleunigst gelöst und der wahre Schuldige einwandfrei festgestellt würde, damit diese neue unerhörte Verleumdung deutscher Heeresangehöriger baldigst vor aller Welt klar und deutlich zurückgewiesen werden könne.

Die hohen Herren zu Thiel gab den Befehl an die Etappen-Inspektion weiter. Diese wieder betraute die Etappen-Kommandantur Gent mit den Ermittlungen.

Aber dessen Kriegsgericht fiel es anfänglich nicht ein, der Spur der beiden geheimnisvollen Offiziere nachzuforschen, auf die nicht nur die spaltenlangen Berichte der ausländischen Presse, sondern auch die ganz bestimmten Aussagen hinwiesen, die die männlichen und weiblichen Domestiken des Ermordeten bei ihrer verantwortlichen Vernehmung zu Protokoll gaben.

Es stellte sich kurz und bündig auf den Standpunkt, daß deutsche Offiziere niemals eines so hinterlistigen Meuchelmordes fähig wären. Den blutroten Kraftwagen, den alle Zeugen erwähnt, erklärte es mitteilend lächelnd als ein „glattes Hirngespinnst“.

Es gab seiner festen Überzeugung Ausdruck, daß der Verurteilte über einer solchen scheußlichen Untat nur

„ein belgischer Halunke“

sein könne, und es war auch bereits nach einer fast halbjährigen Untersuchung schon auf der Fährte eines dringend Verdächtigen:

Bekanntmachung

2000 Mark (zweitausend Mark) Belohnung

Am 2. September 1915 ist die Leiche des seit dem 25. Mai 1915 vermißten Schloßherrn Henri d'Udekem d'Acoz vom Chateau Laeke-Bosschen (Ruddervoorde bei Beernem) in einem Gehölz an der Landstraße von Beernem nach Wyngheue vergraben aufgefunden worden.

Anscheinend liegt Mord vor.

Einige Tage vorher, nämlich am Sonnabend, den 28. August 1915 ist der dortige

Jagdaufseher Camille Dierix spurlos verschwunden.

Es liegt der Verdacht vor, daß Dierix mit der Ermordung des Schloßherrn im Zusammenhang steht.

Es wird daher auf die Festnahme des Jagdaufsehers Dierix oder auf nachweislich wahre Angaben über die Ursache seines Verschwindens oder über seinen Verbleib

eine Belohnung von 1000 Mark (eintausend Mark) ausgesetzt.

Mitteilungen sind an das Gericht der Mobilien Etappen-Kommandantur Gent zu richten.

Weitere 1000 Mark (eintausend Mark)

werden ausgesetzt für diejenige Person, die Angaben macht, die zur Aufklärung der Ermordung des Schloßherrn d'Udekem d'Acoz führen.

Gegebenenfalls erfolgt Verteilung dieser Belohnung nach freiem Ermessen der Etappen-Kommandantur in Gent.

Personalbeschreibung des Jagdaufsehers Dierix:

Alter: 52 Jahre; Größe: etwa 1,75 bis 1,80; Haare: dunkel-blond meliert; Augen: blau; großer, rotblondmelierter Vollbart; bekleidet mit: Joppe, Holzschuhen, dunkler Hose, Mütze.

Der Gerichtsherr u. Etappenkommandant: von Wick, Oberstlt. Der Kriegsgerichtsrat: Dr. Hanfft.

Mit dem Gesuchten hatte es allerdings auch eine sehr merkwürdige Bewandnis. Er hatte nämlich schon bald nach dem Verschwinden des Barons die auch der geheimen Feldpolizei zu Ohren gekommene Äußerung fallen lassen, daß der Schloßherr überhaupt nicht aus der Gegend weggebracht, sondern von den zwei Offizieren ganz in der Nähe umgebracht und verscharrt sein müsse; denn er wisse bestimmt, daß er nicht mehr in dem deutschen Militärkraftwagen gesessen hätte, als dieser auf der Rückfahrt das Städtchen Beernem durchquert habe.

Es war auch den vertrauten Freunden von Dierix bekannt, daß derselbe schon lange vor der Auffindung der Leiche immer wieder in dem gleichen Wäldchen nach ihr gesucht hatte, in dem sie dann auch tatsächlich vier Tage nach seinem eigenen spurlosen Verschwinden von einem anderen Ortseinwohner aufgespiirt wurde.

Da der Jagdaufseher einerseits nie davon gesprochen hatte, daß er noch auf seine alten Tage freiwillig wieder den Rock des Königs der Belgier anziehen wolle, um seine vom Feinde besetzte Heimat mitbefreien zu helfen, er andererseits von den Deutschen auch nicht mehr zu befürchten hatte als die anderen im Lande verbliebenen Bürger auch, so glaubte im Dorfe kein Mensch daran, daß er aus freiem Antrieb auf und davon gegangen sein könne.

Man wäunte dies um so weniger, als er ja in dem Augenblick, in dem er seine Wohnung verließ, nur Holzschuhe trug, die für eine etwaige Flucht nach den neutralen Niederlanden die denkbar ungünstigste Fußbekleidung dargestellt hätten. Zudem hatte er noch ausdrücklich erklärt, daß seine Abwesenheit höchstens eine Stunde in Anspruch nehmen würde.

Es war unter diesen Umständen kein Wunder, daß man zu munkeln begann, er sei wahrscheinlich von Mitwissern des entsetzlichen Mordes oder gar dessen Urheber selber, denen er wegen seines ständigen Herumschnüffeln in dem Gehölz, das die grauenvolle Lösung des Rätsels um den Schloßherrn von Laeke-Bosschen barg, zu gefährlich wurde, genau so

heimlich aus der Welt geschafft

worden sei wie der Baron, nach dessen verborgenen Grab er mit einer solchen Zähigkeit forschte.

Das Kriegsgericht der Etappen-Kommandantur Gent ließ sich auch durch dieses neue Gerücht nicht beirren. Es veranlaßte nur, daß das weitere Verbreiten desselben unter die strengste Strafe gestellt wurde, weil es geeignet war, das Ansehen der in Belgien stehenden deutschen Besatzungstruppen auf das schwerste zu schädigen.

Die Untersuchung des peinlichen Mordfalles selbst kam aber dadurch um keinen Schritt weiter. Sie wäre auch sicher völlig im Sande verlaufen, wenn die Oberste Heeresleitung nicht eines Tages dem Armeekorpskommando 4 wegen dieses groben Versagens einen so energischen Ruffel erteilt hätte.

Da machte die Etappen-Inspektion, die den Anschauer in verstärkter Form weitergeleitet erhielt, Dampf hinter die Geschichte. Das Genter Kriegsgericht sah sich da wohl oder übel gezwungen, sich zu einer entscheidenden Tat aufzuraffen.

(Fortsetzung folgt.)



Verbandsleben



Nur wenig geringere Arbeitslosigkeit Noch kein Lichtblick

Wer da meinte, daß im weiteren Verlaufe der warmen Jahreszeit die Zahl der Arbeitslosen beträchtlich abnehmen werde, sieht sich schwer enttäuscht. Nach dem Bericht der Reichsanstalt ist in der zweiten Hälfte des Mai die Arbeitslosigkeit zwar weiter zurückgegangen, doch bedeutend weniger, als man glaubte erwarten zu dürfen. Seit dem 15. Mai hat die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Arbeitslosen um rund 144 000 abgenommen. Am 31. Mai belief sie sich auf rund 4 067 000. In der Arbeitslosenversicherung wurden am letzten Stichtag — nach einem Rückgang um 134 000 — rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt. Die Belastung der Krisenfürsorge hat sich weiter, und zwar um etwa 15 000, auf rund 929 000 Hauptunterstützungsempfänger erhöht.

Am Arbeitsmarkt des Kohlenbergbaus sind Zeichen eines Stillstandes der bisherigen rückläufigen Entwicklung zu erkennen. Im Ruhrkohlengebiet hat sich allerdings die Gesamtzahl der arbeitsuchenden Bergarbeiter noch etwas erhöht; auch die Haldenbestände dürften noch etwas angewachsen sein, doch ist die Zahl der Feierschichten gegenüber April von über 30 000 auf 26 685 arbeitstäglich im Mai zurückgegangen. In den Braunkohlengebieten ist im allgemeinen der Beschäftigungsgrad besser geworden. Im Bau gewerbe bleiben kurzfristige Beschäftigung und starke Fluktuation kennzeichnend für die Lage. Entsprechend gering ist der Kräftebedarf der Baustoffindustrien; einzelne Zementfabriken haben schon jetzt mit Entlassungen begonnen. Die Saisonbelebung in der Konfektion dürfte ihren Höhepunkt überschritten haben.

Das Bild des Arbeitsmarktes der Metallindustrie ist unterschiedlich je nach den einzelnen Zweigen und Bezirken: in Westfalen Stillstand in der Schwerindustrie, Verschlechterung in der Metallverarbeitung, dagegen in Mitteldeutschland Aufnahmefähigkeit sowohl bei den Werkzeug- und Landmaschinen- wie Metallwarenfabriken. Auch in der sächsischen Metallindustrie, in Schlesien, Bayern und Südwestdeutschland konnten in gewissem Umfange Kräfte untergebracht werden. Die Automobil-

industrie nahm teilweise Entlassungen, an anderen Stellen Neueinstellungen vor.

Außerdem hat noch diese oder jene Branche eine kleine Besserung zu verzeichnen. Aber was will das besagen? Die Tatsache wird dadurch nicht verwischt, daß wir mitten im Sommer 4 Millionen Arbeitslose haben, von den Kurzarbeitern zu schweigen. Wenn man schon in der gewerblich günstigen Jahreszeit 4 Millionen zählt, was soll erst werden, wenn Herbst und Winter kommen? Die Regierung rechnet für das Jahr 1931 mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenzahl von 4,5 Millionen. Von mehreren Seiten, die in dieser Sache ein Urteil haben, wird die wahrscheinliche Zahl der Arbeitslosen für den kommenden Winter auf 5 bis 6 Millionen angegeben. Es ist zurzeit kein Zeichen zu sehen, daß dieser Angabe widerspräche. Leicht möglich, daß es noch schlimmer kommt. Die neue Notverordnung zieht Hunderte von Millionen Mark aus den Taschen der Verbraucherschaft, raubt den Arbeitslosen noch einige Brotkrumen mehr, entzieht Zehntausenden von Erwerbslosen das bißchen Unterstützung vollends. Daraus müssen eine noch ärgere Vernichtung der Kaufkraft, noch weniger Bestellungen, noch mehr Stillelegungen von Betrieben und Arbeiterentlassungen sprießen.

Seit Jahr und Tag wird nun von der hohen Obrigkeit der Lohnabbau, das ist die Schwächung der Kaufkraft der großen Masse, planmäßig betrieben. Was die Gewerkschaften von diesem Tun vorausgesagt haben, ist eingetroffen, und das noch schlimmer, als die wildesten Schwarzseher glaubten. Von der Ankurbelung der Wirtschaft ist amtlicherseits oft und oft geredet worden, aber nichts ist geschehen. Wenn die Regierung nur den zehnten Teil von der Grütze, die sie zur Vernichtung der Kaufkraft angewendet hat, für die Belebung der Wirtschaft angewendet hätte, wir ständen heute bestimmt besser da. Aber für die erste Notwendigkeit, für die Belebung der Wirtschaft, scheint der hohen Regierung das Zeug nicht zu langen, sondern nur für Maßnahmen, die gleichbedeutend mit der Verschlimmerung der Krise sind. In dieser Hinsicht hat sie zwar manches versprochen, aber die Erfüllung immer vergessen.

Warnung vor der RGO

Es wäre sehr entschieden zu bedauern, wenn Arbeiter aus Unwissenheit der Gewerkschaftsopposition (RGO) Vertrauen entgegenbrächten, das nachher, wenn die Erkenntnis kommt, einer bitteren Enttäuschung Platz machen müßte. Hier muß zur rechten Zeit eingegriffen und aufklärend gewirkt werden. Wer dann noch zur RGO läuft und tut, als ob er ein Brett vor dem Kopf hätte, hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Er kann sich nicht darüber beklagen, daß man nicht rechtzeitig versucht hätte, ihm die Augen zu öffnen.

Um die Gefahren aufzuzeigen, müssen zunächst einige tarifrechtliche Kenntnisse vermittelt werden. Wir haben in Deutschland zum Zwecke der Regelung der sich aus dem Arbeits- und Dienstverhältnis ergebenden Fragen ein vorzüglich ausgebautes Tarif- und Schlichtungswesen. Verschiedentlich gehen zwar die Meinungen über seinen Wert für die Arbeiterschaft auseinander; darin aber sind sich alle von Verantwortungsbewußtsein getragenen Richtungen einig, daß es sich bislang im sozialen Arbeitskampf bewährt und oft schlimmes Unheil abgewendet hat. Die Gewerkschaften nehmen im Tarif- und Schlichtungswesen eine ganz besondere Stellung ein. Die geltende Rechtsordnung hat sie zum Garanten der Vertragstreue sowohl für den freiwillig abgeschlossenen Tarifvertrag, als auch für den verbindlich erklärten Schiedsspruch gemacht. Mit dieser hohen sozialen Funktion ist den Gewerkschaften zugleich die Eigenschaft beigelegt, die man als Tariffähigkeit bezeichnet. Nur wer tariffähig ist, kann Partei eines Tarifvertrages sein.

Die RGO unterscheidet sich in ihrer rechtlichen Stellung von den Gewerkschaften dadurch, daß sie nicht tariffähig ist. Sie kann also auch nicht Partei eines Tarifvertrages sein. Das ist ein sehr beachtlicher Umstand. Nicht nur, daß die RGO freie Hand hat, skrupelloseste Politik zu treiben, deren schädliche Wirkung sich gegen die Arbeiterschaft als Gesamtheit richtet, sondern es kann auch dem einzelnen durch ihre Haltung schwerer Schaden zugefügt werden. Denn jeder Arbeiter, der nicht einer tariffähigen Organisation angehört, hat keinen Anspruch auf die Vorteile bestehender Tarifverträge, keinen rechtlichen Anspruch auf Tariflohn usw. Nur die Mitglieder der tariffähigen Gewerkschaften sind tarifbeteiligt. Allgemein verbindlich erklärte Tarifverträge sind so selten, daß hieran nicht viel geändert wird. Nur wer von diesen Dingen nichts weiß, läuft zur RGO und ist dann womöglich der Geschädigte. Darum sei jeder Arbeiter vor der RGO gewarnt. Wer Mitglied dieser kommunistischen Einrichtung ist, verzichtet damit praktisch auf alle tariflichen Ansprüche. Glücklicherweise sind die Erfolge der RGO so gering, daß nur wenig Arbeiter zu Schaden kommen werden.

An sich stände der RGO nichts im Wege, tariffähig zu werden. Sie müßte sich allerdings gründlich umwandeln, denn wenn gewisse, gesetzlich festgelegte Voraussetzungen gegeben sind, stellt sich die Tariffähigkeit selbsttätig ein. Diese Voraussetzungen sind auf der Seite der Arbeiterschaft, daß es sich um eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern handelt. Zweck der Vereinigung muß sein, daß sie darauf abzielt, den Arbeitgebern gegenüber die wirtschaftlichen Interessen

ihrer Mitglieder zu wahren und zu deren Förderung Einfluß auf die Festsetzung von Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewinnen.

Die freien Gewerkschaften sind wirtschaftliche Vereinigungen mit derartigen Zielen. Das ist hinlänglich bekannt und bedürfte nicht des Beweises durch die Tatsache, daß sie den gesetzlichen Voraussetzungen weitaus entsprechen und tariffähig sind. Die RGO hingegen hat es nicht soweit gebracht und wird es nie soweit bringen. Dabei ist der Vollständigkeit halber zu bemerken, daß die Entscheidung darüber, ob eine Vereinigung tariffähig ist oder nicht, niemals vom Ausgang irgendwelcher machtpolitischer Kämpfe abhängig ist. Auch weltanschauliche Gesichtspunkte spielen dabei keine Rolle. Es ist das eine rein juristische Angelegenheit, die nur die Gerichte zu beurteilen haben. Einzelne Gruppen der RGO sind bisher bei solchen Gelegenheiten stets hereingefallen.

Ich glaube, daß dem Leser jetzt klar sein wird, was er von der RGO zu halten hat. Sie hat nicht den Willen und ist weit davon entfernt, die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft zu wahren und für eine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Lohnfragen, Urlaubs- und Arbeitszeitfragen lassen sie im Grunde genommen völlig kalt. Sie stellt und benutzt ihre Forderungen lediglich als Mittel zum Zweck, als Köder für ihre wahren Ziele, die darin bestehen, größere Arbeitermassen hinter die Kommunistische Partei zu bringen. Daraus erklärt sich auch die grundsätzliche Gegnerschaft zum Tarif- und Schlichtungswesen. Jeder Tarifvertrag bedeutet ja im Grunde Sicherung des einmal Errungenen. Der Lohn, die Arbeitsbedingungen, die jeweils für die Arbeiterschaft herausgeholt worden ist, wird durch ihn stets für längere Zeit gesichert. In solchen Perioden herrscht dann Arbeitsfriede. Die Kommunisten aber wollen Krach. Darum bekämpfen sie das Tarifvertragswesen, das ihnen von jeher ein Dorn im Auge war. Sie lehnen jede vertragliche Bindung ab, und gereiche sie noch so sehr zum Segen für das schaffende Volk, weil sie sich sonst in ihrer „revolutionären“ Aktionsfähigkeit für die Moskauer Machthaber gehemmt sehen. Im Massenelend sehen sie ihren „revolutionären“ Weizen blühen. Deswegen wollen sie keine wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterschaft. Ihre Stunde hätte erst im Sowjet-Deutschland geschlagen. Darum die grundsätzliche Gegnerschaft der Kommunisten zum Tarif- und Schlichtungswesen, die unumstößlich ist und sein muß, selbst wenn die Arbeiterschaft noch so sehr unter dieser Haltung zu leiden hat. Karl Baader.

Ein Jubilar in Neubrandenburg

Am 21. Mai jährte sich die Mitgliedschaft des Kollegen Hermann Köster in Neubrandenburg zum 25. Male. Er trat in Friedland (Mecklenburg) dem Verbands als Lehrling bei. Um den Beitrag zahlen zu können, übernahm er die Einkassierung der Beiträge. Nach Beendigung des Krieges, im Jahre 1918, wurde er zum Vorsitzenden der Ortsgruppe in Neubrandenburg ernannt, dazu erhielt er während der Inflation, als die Mitgliedschaft arg zurückging, noch den Kassiererposten. Es ist der zähe Arbeit des Kollegen Köster mit zuzuschreiben, daß die Verwaltungsstelle wieder zunahm. Darum sei seiner heute mit Dank und Anerkennung gedacht.

Vom Vorstand

Telegrammanschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750 — 6753

Mit Sonntag, dem 21. Juni, ist der 26. Wochenbeitrag für die Zeit vom 21. bis 27. Juni 1931 fällig.

Zur Beachtung für reisende Mitglieder

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungsstellen Reisegeld erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Wohnungen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Ein statutarisches Recht auf Empfang von Lokalgeschenk besteht nicht. Die Auszahlung von Lokalgeschenk durch die Verwaltungsstellen ist freiwillig und nur soweit möglich, als lokale Mittel vorhanden sind. In allen Verwaltungsstellen, wo ein Adressenverzeichnis vermerkt ist: „Lokalgeschenk wird nicht bezahlt.“ ist das Aufsuchen des Kassierers, weil zwecklos, zu unterlassen.

Der Vorstand des Holländischen Metallarbeiter-Verbands Amsterdam bittet uns, unsere Mitglieder davon zu unterrichten, daß in Holland die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten ganz außerordentlich zugenommen hat. Es sei deshalb nicht die geringste Aussicht für ausländische Kollegen, in Holland Arbeit zu bekommen. Die holländische Bruderorganisation kann künftige Reiseunterstützung an die zureisenden deutschen Kollegen nicht mehr zahlen.

Wir raten unseren Mitgliedern dringend, diese Warnung zu beachten.

Aufforderung zur Rechtfertigung!

Das nachgenannte Mitglied wird nach § 23 Abs. 4 des Statuts aufgefordert, sich gegen erhobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungsstellen, denen die Adresse des Aufgeforderten bekannt ist, wollen diese an den Vorstand melden. Das Mitgliedsbuch ist an den Vorstand einzusenden.

Auf Antrag der Verwaltungsstelle Berlin:

Der Bauanschläger Hermann Schleicher, geb. am 2. Dezember 1887 zu Friedrichsfelde, Mitgliedsbuch Nr. 6533 937, wegen Schädigung der Verbandsinteressen.

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Emil Scheck 60 Jahre

Am 4. Juni feierte Emil Scheck-Stuttgart bei völliger körperlicher und geistiger Frische seinen 60. Geburtstag. Der unermüdete Berliner, als der Emil Scheck in Kollegenkreisen bekannt ist, trat genau vor 35 Jahren unserem Verband als Mitglied bei und ist seit diesem Tag unermüdet und mit strengstem Pflichtbewußtsein für die Sache der organisierten Metallarbeiter tätig. Im Jahre 1907 wurde er als Hilfsarbeiter in das Hauptbüro nach Stuttgart berufen, nachdem er seinen Befähigungsnachweis in jahrelanger ehrenamtlicher Verbands-tätigkeit in Berlin erbracht hatte. Schon zwei Jahre danach wurde er vom Vorstand als zweiter Bezirksleiter für den Südwestdeutschen Bezirk bestellt. In diesem Amt hat er viele Jahre neben Karl Vorhölzer zum Besten des Verbandes gewirkt. Seit Vorhölzers Abgang ist er erster Bezirksleiter für den Bezirk Stuttgart. Sein ruhiges und sachliches Wesen verleiht ihm viel Freundschaft in Kollegenkreisen und nötigt auch dem Gegner die größte Hochachtung ab. Zu den Ehrungen, die Emil Scheck an diesem Tage zugebracht waren, fügen wir die besten Wünsche für gute Gesundheit und fernere Wohlergehen.

SPRACHECKE

„Un“lose Wörter

Unter der Überschrift „Jeder einmal ohne Un!“ veröffentliche Harry Schreck in der „Vossischen Zeitung“ eine nette Plauderei, aus der wir folgendes wiedergeben: Eines Tages fühlt man sich ein bißchen unpäßlich. Man wird es aber auf keinen Fall so weit bringen, daß man sich rechtschaffen päßlich fühlt. Hin und wieder empfindet man es als betrüblich, daß da oder dort ein Unhold auftaucht. Gleichwohl: aus dem Burschen wird kein Hold. Bisweilen möchte man doch vielleicht einmal gestüm die Straße hinabwandeln und mit einem ungestrichlichen Nebenmann ein paar flätige Redensarten über die Bilden der Witterung tauschen, auf daß es zu Stimmigkeiten komme. Kommt es je zu solchen Stimmigkeiten? — Nicht! Die Sprache sträubt sich (wenn auch nicht unablässig, so doch von mindesten ablässig) dagegen. Die Folgen sind denn auch entsprechend ausbleiblich. Es ist kein Wunder, daß bei diesen Umständen sehr wenige Kinder Wert darauf legen, bändig zu sein: sie sagen sich mit Recht, daß auch unter die wenigsten Erwachsenen verfrorren genug sind, um ihnen geschlachtet zu begegnen. Zumeist geben sogar die Erwachsenen das umwunden zu. Falls man sie versehens fragt, werden sie erklären, daß selbst sie ihr Verhalten säglichen finden und entwegt auf die nütze Überlegung dringen, wieso man solche beholfenen Wortgetüme nicht dulden soll.

SCHRIFTENSCHAU

Kapitalistische Wirtschaftsanarchie und Arbeiterklasse. Vortrag und Entschlüsselung von Fritz Tarnow, gehalten auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 1. Juni 1931. Preis 20 Pf. Verlag J. H. W. Dietz, Berlin SW 68, Lindenstraße 3. — Der Vortrag gab dem Parteitag in gewissem Sinne ein geistiges Gesicht. Eindrucksvoll sind die wirtschaftlichen Zustände der Weltwirtschaft und besonders der deutschen Wirtschaft dargestellt und seine Darstellung wird zur wichtigen Anklage gegen den Kapitalismus. Seine gründlichen Untersuchungen der Ursachen der kapitalistischen Krise ist dabei ebenso wissenschaftlich richtig wie allgemein verständlich. Dem suchenden und denkenden Arbeiter ist das Studium dieser Rede dringend empfohlen.

Technik für Alle. Monatsheft für Technik und Industrie. Ein wertvolles Werk für den geistig regsamen Menschen. Vierteljährlich drei reich illustrierte Hefte, dazu eine Beilage. Preis geheftet 2,25, gebunden 2,90 M. Einzelheft 75 Pf. Verlag: Dieck & Co., Stuttgart.

Die britische Eisenindustrie

Vorschläge für ihre Reorganisation / Von Arthur Pugh, London

Der Tiefstand der britischen Eisen- und Stahlindustrie während des letzten Jahrzehnts hat die Arbeiter, deren Lebensunterhalt von der Blüte dieser Industrie abhängt, mit schwerer Sorge erfüllt. Seit der zweiten Hälfte des Jahres 1929 hat sich der Zustand sprunghaft weiter verschlechtert, und die Branchen der Industrie, die noch verhältnismäßig gut beschäftigt waren, haben, wie man es nennt, den größten industriellen Sturz erlebt. Die Gleichgültigkeit der Regierungen und die ausgesprochene individualistische Auffassung der Unternehmer im Verein mit der Hilflosigkeit eines Teiles der Industriellen hat die Vereinigung der Eisen- und Stahlarbeiter (Iron and Steel Confederation) die Notwendigkeit erkennen lassen, der Öffentlichkeit die Tatsachen von dem üblen Stande der Industrie zu unterbreiten und eine Reihe von Maßnahmen zu ihrer Besserung vorzuschlagen.

Es soll nun kurz der jetzige Stand der englischen Eisenindustrie mit den Besserungsvorschlägen der Gewerkschaft der Eisen- und Stahlarbeiter dargelegt werden:

Der Krieg, obwohl er die englische Warenausfuhr in Unordnung brachte, bewirkte eine Leistungszunahme der Eisen- und Stahlerzeugung bis zu 50 vH. Dies war bedeutend mehr als die Zunahme, die unter normalen Umständen Platz gegriffen haben würde. Seit 1920 hat sich die Industrie bemüht, Absatz für ihre Produktion zu finden, hierbei sind als Folge der Preissenkung die Löhne, die von einer gleitenden Verkaufspreis-Skala bestimmt werden, auf einen Satz gesunken, der nur wenig über dem Vorkriegszeit liegt. Überdies haben Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit einen außergewöhnlich großen Umfang angenommen. Von den registrierten Leuten der Branchen der Schwereisenindustrie waren nach den Angaben des Arbeitsministeriums (im April 1931) 22 vH ganz arbeitslos, über 23 vH nur zeitweise beschäftigt.

England zählt insgesamt 382 Hochöfen, gegenwärtig sind jedoch bloß 81 in Tätigkeit, gegen 157 vor einem Jahre und 338 im Jahre 1913. Die Erzeugung von Roheisen betrug während der letzten vier Monate 330 000 t im Monatsdurchschnitt, also bloß 39 vH der Monatserzeugung von 1913, die 855 000 t betrug. Diese Urbranche der Eisenindustrie hat beträchtlich gelitten unter der unbeschränkten Anbietet von kontinentalem und indischem Eisen zu Preisen, die unter den Herstellungspreisen Englands liegen. Im weitem wurde der Rückgang der Roheisenerzeugung verstärkt durch die vermehrte Verwendung von Schrott bei der Stahlerzeugung und in den Gießereien. Und schließlich wurde der Rückgang erhöht durch die Flaute im Schmiedeeisengewerbe und durch die Abnahme von Ausfuhrbestellungen, was darauf zurückzuführen ist, daß sich Indien, Australien und Kanada selbst eine Industrie schufen.

Schmiedeeisen, dessen Erzeugung einen hohen Satz von gelernten Leuten verlangt, hat aus diesem oder jenem Grunde seine hohe Stellung, die es einst einnahm in der Welt des Metalls, eingebüßt. Nur von wenigen Firmen, die vor langem gegründet wurden und wohlbekannt sind für hochwertige Produkte, kann noch gesagt werden, daß sie noch etwas wie eine Tätigkeit weiter ausüben. Eine sehr ernste Schädigung dieser Branche ist die starke Einfuhr von minderwertigem Material aus Frankreich und Belgien zu Preisen, die bis zu 5 Pfund je Tonne unter den englischen Sätzen stehen. Hierdurch werden die Erzeuger der gewöhnlichen Eisensorten aus dem Geschäft getrieben. Von zuständiger Seite wurde festgestellt, daß seit dem Kriege über 50 Werke für Schmiedeeisen ihre Tore geschlossen haben und mindestens 13 270 Eisenarbeiter außer Beschäftigung gekommen sind.

95 vH des in England erzeugten Stahles wird im Siemens-Martinofen erzeugt. Obwohl die Zunahme der Produktion von Stahlblöcken je Ofen nicht gezeigt werden kann, weil es darüber keine Veröffentlichung gibt, so steht doch fest, daß die schweren Branchen der Stahlindustrie seit 1916 einen tiefgehenden Wandel durchgemacht haben. Kleine Schmelzöfen sind durch moderne ersetzt worden, die 1500 bis 2000 t die Woche zu erzeugen fähig sind. Im weitem beschleunigte der Bedarf des Krieges den Bau von modernen Walzwerken, die sich vergleichen lassen mit den schon in Amerika und Deutschland vorhandenen. So geschah es denn, daß, obgleich die Erzeugung von Stahlblöcken und Gießereieroh-eisen im Jahre 1929 insgesamt 9 640 000 t erreichte — nur 66 000 t weniger als die Rekordzahl von 1917 —, sie 3 Millionen t hinter der geschätzten Leistungsfähigkeit der Werke des Landes zurückblieb. Im Jahre 1930 sank die Fördermenge auf 7 850 000 t, und nach dem Ergebnis der ersten vier Monate des gegenwärtigen Jahres zu urteilen, wird die Jahreserzeugung nur 5 1/4 Millionen Tonnen betragen.

Wenn die Erzeugung so weit unter der Leistungsfähigkeit liegt, sind hohe Unkostensätze und scharfer Wettlauf um die verringerte Nachfrage die Folge, und da der innere englische Markt nicht durch Zollschranken geschützt ist, haben die Länder des Kontinents die leichte Möglichkeit, ihre Erzeugnisse in England zu einem niedrigeren Preise loszuschlagen, als in ihren eigenen Ländern. Mit dem Gewinn, den sie daheim machen, finanzieren sie ihre Ausfuhr.

Während die Einfuhr von Stahl- und Eisenwaren in England mengenmäßig größer ist als in 1913, ist die Ausfuhr erheblich gefallen. Kurz nach dem Kriege, als die Kaufkraft der eisenverbrauchenden Länder anwuchs, waren die Franzosen und Belgier, dank des Wiederaufbaues und der Modernisierung ihrer Werke, mittels niedrigeren Preisen instande, ihren Ausfuhrhandel bedeutend zu vermindern, während der britische Außenhandel gleich blieb. Eine andere Ursache des Rückgangs des britischen Außenhandels ist die Errichtung von Stahlwerken in den Kolonien und die Schutzzölle, mit denen die Kolonien die Einfuhr hintanhalteten.

Der offensichtliche Mangel an Kenntnis der großen Öffentlichkeit von den Zuständen dieser Schlüsselindustrie bestimmte den Vorstand der Vereinigung der Eisen- und Stahlarbeiter, die Tatsachen, so wie er sie sieht, darzulegen und sie zum Ausgang von Vorschlägen für eine konstruktive nationale Politik der Besserung

dieser Industrie zu benutzen. Diese Vorschläge sind in fünf Bezirkskonferenzen der Vereinigung eingehend erörtert worden. Der Vorstand erklärt in einer Denkschrift, daß die pessimistischen Auffassungen über die Zukunft der Industrie, die in den Berichten von Unternehmern, Gesellschaften und der Presse zum Ausdruck kommen, nicht von der Arbeiterschaft geteilt werden. Keine Industrie in Großbritannien sei fruchtbarer in Mitteln und keine habe mehr Möglichkeiten für eine gesunde Entwicklung. Weiter erklärt der Vorstand in seiner Denkschrift: „Die Nutzbarkeit einer Fülle von Rohmaterial, die Erfahrung und Fähigkeit der Arbeiter, Chemiker und Erfinder mit den allgemeinen natürlichen Vorteilen des Landes seien Aktivposten, die, wenn sparsamst verwendet, England helfen werden, seinen Teil für den Bedarf der Welt an Eisen- und Stahlerzeugnissen zu liefern.“ Freilich sei es sehr fraglich, ob die Anstrengungen des einzelnen Unternehmers in stande seien, sein Unternehmen auf die Höhe des Erfordernisses der Neuzeit zu bringen. Daher meinen die Arbeiter, daß nichts Geringeres als eine nationale Planwirtschaft und eine gewissenhafte Kontrolle der Industrie der Notwendigkeit gerecht zu werden vermöge.

Es sind Verschmelzungen von Firmen in verschiedenen Bezirken vorgenommen worden. Die Verschmelzungen wurden nur mit Rücksicht auf die finanziellen Verpflichtungen vorgenommen, nicht mit Rücksicht auf die Arbeiter. Aber die Reorganisation der Industrie kann und darf nur zu Nutz und Frommen aller Beteiligten geschehen.

Die stark umstrittene Frage des Schutzzolles wird ebenfalls in der Denkschrift der Eisen- und Stahlarbeiter behandelt. Während der Gedanke verworfen wird, daß durch das einfache Mittel des Schutzzolles die Schwierigkeiten der Industrie beseitigt werden können, wird hervorgehoben, daß Großbritannien das einzige eisen-erzeugende Land ist, wo nicht bis zu einem gewissen Grade der einheimische Markt geschützt ist. Die Frage des Zollschutzes müsse bei der Reorganisation mit geregelt werden durch internationale Abkommen. Dann, wenn dies fehlschlage, habe eine öffentlich kontrollierte Industrie das unbestreitbare Recht, Gesetze zu schaffen, die ihr einen Schutz gegen unbillige Konkurrenz gewährleiste, zumal diese unvereinbar sei mit einem anständigen Gewerbe und zum Teil das Ergebnis der Ausbeutung von Arbeitern in andern Ländern.

Diamanten in Not

Volkswirtschaftlich genommen entsteht erst dann ein Wert, wenn eine bestimmte Summe Arbeit ihn schafft. Neben diesen tatsächlichen Werten gibt es auch künstliche, die durch eine Reihe verschiedener Momente begründet werden.

So hat beispielsweise der Diamant, den wir uns als sehr hohen Wert zu betrachten angewöhnt haben, vom Standpunkt der wertschaffenden Arbeit aus kaum eine Bedeutung. Was ihm seinen Wert verleiht, ist die Seltenheit, mit der er vorkommt. Würde es so viel Diamanten geben wie Kohlen, so wären sie fast wertlos, da ihre Verwendbarkeit nur sehr gering ist.

Es ist nun beachtlich, feststellen zu können, daß in dieser Zeit der Umwertung aller Werte auch die Rolle des Diamanten stark erschüttert ist. Tatsächlich müßten heute, wenn es nach volkswirtschaftlichen Gesetzen ginge, die Diamanten nur noch ein Viertel des Preises kosten, der gegenwärtig bezahlt wird. Denn die „Erzeugung“, die Gewinnung von Rohdiamanten, ist in den letzten Jahren gewaltig angestiegen, gleichzeitig aber sank unter dem Einfluß der Weltwirtschaftskrise der Absatz ganz bedeutend, so daß sich die Vorräte häufen und der Diamant außerordentlich viel von seinem Seltenheitswert verliert. Besser gesagt verlöre, wenn man nicht der Welt die so begehrte Seltenheit vortäuschen würde. Man schätzt, daß gegenwärtig in England und in der Südafrikanischen Union allein für rund 25 Millionen Pfund, also für etwa eine halbe Milliarde Mark, unverkaufte Diamanten liegen. Selbst in den besten Zeiten konnte aber der Weltmarkt jährlich für nicht mehr als 13 bis 14 Millionen Pfund Diamanten aufnehmen, 1930 wurden bloß für etwa 4 Millionen Pfund verkauft, und für dieses Jahr glaubt man kaum mehr als für 3 Millionen Pfund absetzen zu können. Unter den gegebenen Verhältnissen wäre also der Diamantenbedarf aus den unverkauften Beständen für mindestens zehn Jahre gedeckt.

Um nun trotz dieser gewaltigen Vorräte die Preise zu halten, haben sich die meisten südafrikanischen Diamantengesellschaften, insbesondere die vier führenden Gruppen De Beers, New Jagersfontein, Premier und Consolidated Diamond Mines of South West Africa, zu einem Syndikat, der Diamond Corporation, zusammengeschlossen, welche die Produktion fortlaufend aufkauft und so aus dem Markt zieht. Gleichzeitig wurden Vereinbarungen über eine Einschränkung der Produktion abgeschlossen, die jedoch nach den südafrikanischen Gesetzen nicht über 25 vH hinausgehen darf. Trotz dieser Einschränkung ist aber 1930 die Jahresausbeute der Minen von 2,68 Millionen Karat auf 3,16 Millionen Karat gestiegen, der Produktionswert dagegen von 10,62 Millionen auf 8,34 Millionen Pfund gefallen. Das hatte seine Ursache vor allem darin, daß die „Diggers“, die kleineren Außenseiter, sich der Einschränkung nicht unterwarfen, so die Preise drückend.

Mit Beginn dieses Jahres hat man nun auch diese Außenseiter in die Diamond Corporation einbezogen und gleichzeitig das Aktienkapital von 2 1/2 auf 5 Millionen Pfund erhöht, dabei die Syndikatsmitglieder verpflichtend, daß sie für weitere 5 Millionen Pfund Obligationen übernehmen. Da aber das Syndikat heute schon für etwa 15 Millionen Pfund Diamanten lagern hat und jährlich mit einem Zuwachs von mindestens 4 bis 5 Millionen zu rechnen hat, kann man sich vorstellen, daß auch die zur Verfügung stehenden zehn Millionen heute schon längst nicht mehr ausreichen. Vielleicht wird man die Mittel des Syndikats neuerlich erhöhen, aber ins Endlose wird sich diese Art künstlicher Preishochhaltung kaum fortsetzen lassen. Man muß also damit rechnen, daß es in absehbarer Zeit zu einem Diamantenkrach kommt und die Südafrikanische Union einer ähnlichen Finanzkrise entgegenght wie das kaffeekranke Brasilien.

Insoweit könnte uns ja die Sache ziemlich gleichgültig lassen, wenn nicht auch das Schicksal vieler europäischer Arbeiter dadurch beeinflusst würde. In Holland, Belgien, Deutschland und Frankreich leben viele Menschen vom Schleifen der Diamanten. Um nun bei den gegenwärtigen Verhältnissen wenigstens den

Die Bezirkskonferenzen der Eisen- und Stahlarbeiter haben in einer Entschliebung das Wesentlichste der Reorganisations-Vorschläge niedergelegt. Ihr Kern besteht in folgendem:

Das Parlament wird ersucht, der Regierung gesetzgebende Vollmacht zu geben, die Eisenindustrie der Kontrolle eines öffentlichen Betriebes zu unterstellen und hierfür die besten organisatorischen Talente, die höchsten technischen Kenntnisse und Erfahrungen zu gewinnen. Die Industrie soll nach einem das ganze Land umfassenden Plan nach wohlbestimmten Bezirken organisiert werden; für die Tätigkeit der Industrie eines jeden Bezirkes soll ein verantwortlicher Verwaltungskörper eingesetzt werden.

Eine Zentralleitung für die allgemeine Überwachung der Bezirksorganisationen soll geschaffen werden; aber es soll genügend örtliche Freiheit gelassen werden, um den höchsten Grad der eignen Initiative für die besten Ergebnisse zu ermöglichen.

Die Zentralleitung soll unter andern sorgen für die Lieferung und Verteilung von Erz und andrem Rohmaterial, für die Zusammenfassung der Untersuchungsarbeit, die Verteilung von Aufträgen und den Verkauf der fertigen Produkte.

Die Zentralleitung soll für die Gesamtheit der Industrie handeln bei dem Abschluß von Abkommen mit andern Ländern für den Warenaustausch, und sie soll die Vollmacht haben, die Einfuhr zu regeln, zu hemmen oder zu verbieten, wenn dies von der Natur der Konkurrenz und anderen Umständen gerechtfertigt ist.

Paritätische Einigungsämter sind bezirksweise zu bilden, um die Löhne und Arbeitsbedingungen zu regeln, die örtlichen Charakter haben, und ein paritätisches Einigungsamt für das ganze Land, das die Löhne und Arbeitsbedingungen nationalen Charakters regelt.

Wo Werke dauernd geschlossen werden und wo die entlassenen Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit und andere Maßnahmen nicht gleich wieder Beschäftigung finden können, soll ihnen, bis sie wieder Beschäftigung finden, ein Wartegeld bezahlt werden. Geeignete Vorkehrungen sind zu treffen, um solche überflüssig gewordenen Leute an andere Plätze überzuführen. Das Arbeitsministerium und die sonstigen beteiligten Behörden sollen die Überführung erleichtern durch Vorschießen von Geld für die Fahrt, den Umzug und die Unterbringung.

Durch die Behandlung dieser Vorschläge in den Bezirkskonferenzen und Versammlungen der Eisen- und Stahlarbeiter ist die öffentliche Meinung Englands aufgerüttelt worden. Die große Presse gibt die Vorschläge fast vollständig wieder und bespricht sie ziemlich unvoreingenommen. Sie ist aber, was verständlich ist, scharf gegen einen Eingriff des Staates. Immerhin ist zu hoffen, daß durch die Bewegung für die Reorganisation der Eisenindustrie die fortschrittlich gesinnten Mitglieder des Parlaments bewegt werden, der Sache ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und daß sie sich bald nicht mehr der Ansicht verschließen können, daß eine Reorganisation unerlässlich ist nach den Richtlinien der Vereinigung der Eisen- und Stahlarbeiter.

Schleiflohn für die Südafrikanische Union zu retten, hat die Regierung auf Rohdiamanten einen Ausfuhrzoll von 10 vH gelegt, so daß also die ausländische Schleifindustrie schon mit diesen 10 vH vorbedacht ist. Dazu kommt, daß auch die Vereinigten Staaten, bisher die Hauptabnehmer der europäischen Diamantenschleifereien, eine eigene Schleifindustrie aufbauen, die sie zolltechnisch so schützen, daß der bisher 15 vH betragende Einfuhrzoll für Rohedelsteine aufgehoben, der 10 vH betragende Zoll für geschliffene Steine aber beibehalten wurde, so daß also die Schleifindustrie mit einem Vorsprung von 10 vH arbeiten kann.

Die Wirkungen für die europäische Schleifindustrie sind katastrophal. Ende 1930 waren im französischen Jura rund 80 vH der Schleifarbeiter arbeitslos, in Holland über 70 vH, in Belgien und Deutschland gegen 50 vH. Seit Anfang dieses Jahres ruhen in Amsterdam die Schleifereien seit zweite Woche, in Belgien, Deutschland und Frankreich wurden alle Schleifereien zunächst auf vier Wochen geschlossen, und seitdem arbeiten sie nur jeweils in der ersten Monatshälfte. An eine Besserung der Lage ist unter den geschilderten Verhältnissen nicht zu denken.

Ein Götz des Kapitalismus ist dem Sturze nahe; aber es sind auch hier die Proleten, die letzgens die Zeche bezahlen. J. B.

Aus Sowjetrußland Keine Gleichmacherei!

Zurzeit sind in Rußland sozialpolitische Fragen sehr stark in den Hintergrund gerückt gegenüber den wirtschaftlichen, genauer produktionswirtschaftlichen Anforderungen, die die Regierung der Arbeiterschaft stellt. Das kommt auch darin zum Ausdruck, daß gute Leistungen, besonders Höchstleistungen, hoch vergütet werden, und die Udarniki, die Stoßtruppler, große Vergünstigungen genießen. Wir lesen hierüber in der Sa Industrialiaszu folgendes:

„Die bevorzugte Versorgung der Udarniki der Krasnoholmschen (Textil-) Werke mit Lebensmitteln ist bereits im Januar eingerichtet worden. Von dieser Zeit an erhalten die besten Stoßtruppler des Werkes besondere Bezugskarten. Gleich von Anfang wurde es klar, daß man die Arbeit der Udarniki vor allem genau berechnen muß. Nachdem man das getan hat, erwies sich, daß im Januar nur 180 Mann (von 3000 Arbeitern) allen übernommenen Verpflichtungen nachgekommen sind. Diese 180 haben dann auch die Stoßtruppler-Bezugskarten erhalten. Gegenwärtig, also nach drei Monaten, haben bereits 500 Mann alle gestellten Anforderungen erfüllt. Ihnen sind die Vorzugskarten ausgehändigt worden. Es erweist sich somit, daß die Bevorzugung bei der Auslieferung von Lebensmitteln und Gegenständen des täglichen Bedarfs ein riesiger Ansporn zur Steigerung der Arbeitsergiebigkeit und Besserung der Warenqualität darstellt. Leider hat man aber längst nicht allenthalben dem Beispiel der Krasnoholmschen Werke Folge geleistet und die Notwendigkeit erkannt, die Belieferung der Arbeiter mit dem Kampf für Durchführung des Programms zu verwickeln und den Kampf gegen die Gleichmacherei zu führen. Fast alle Werke zählen Hunderte von Stoßtrupplern. Aber in Ermangelung einer genauen Berechnung der geleisteten Arbeit ist es meist nicht gelungen, die gekennzeichnete Maßnahme durchzuführen.“

Die bevorzugte Versorgung derjenigen Arbeiter, die Höchstleistungen aufweisen, mit Lebensmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln ist fraglos ein sehr wirksames Mittel, um aus der Arbeiterschaft an Leistungen mehr herauszuholen, als der einzelne Arbeiter normalerweise zu bieten geneigt ist. Die im allgemeinen sehr mangelhafte Versorgung wird ausgenutzt, um Höchstleistungen zu prämiieren und die Arbeiterschaft anzutreiben.

Sitzung des Erweiterten Beirats

am 5. und 6. Juni im Verbandshause zu Berlin

Den äußeren Anlaß zur Sitzung an diesen Tagen bot das 40-jährige Jubiläum des Verbandes. Auf der Tagesordnung standen außerdem die Stellungnahme zum Gewerkschaftskongreß und die Beratung einer neuen Wahlordnung, dann die Taktik des Verbandes beim Ablauf und Abschluß neuer Tarifverträge sowie die Neuordnung des Reichsbeirats der Betriebsräte und innere Organisationsfragen.

Das Jubiläum des Verbandes ist in Nr. 22 der Metallarbeiter-Zeitung bereits ausführlich behandelt worden. Im Beirat würdigte der Vorsitzende Reichel das Ereignis durch eine gründliche und meisterhafte Darlegung der Entwicklung der Arbeiterbewegung und des Verbandes. Reichel war dazu am besten berufen, denn er stand fast die ganze Zeit mit an der Spitze des Verbandes und konnte daher aus eigener Kenntnis den Weg des Verbandes in den 40 Jahren schildern:

Im ersten Jahrzehnt seines Bestehens, so führte Kollege Reichel aus, mußte der Verband hart und bitter um die nackte Existenz ringen, nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Arbeiter selbst, von denen viele die Zentralorganisation verpönten, weil diese „die örtliche Selbstbestimmung einengte“. Im Schmelztiegel der Bedrückung durch Staat, Polizei und Unternehmer hat der Verband seinen Aufstieg begonnen und geläutert und gefestigt in den Jahren 1904 bis 1914. Dem Aufstieg des Verbandes steht nichts Ähnliches in der Welt zur Seite. Mit Stolz können wir darauf zurückblicken, was auf den Gebieten des Tarif- und Sozialrechts, der Sozial- und Unfallversicherung, der Arbeitsvermittlung und Arbeitszeitbeschränkung erreicht worden ist. Die gegenwärtige Zeit stellt den Verband vor neue Aufgaben. Auch diese wird er meistern. 35 000 Funktionäre und Vertrauensleute sind heute für ihn tätig, ungefähr so viel, wie der Verband im fünften Jahre seines Bestehens Mitglieder hatte. Die geistigen, sittlichen und moralischen Kräfte dieses Vertrauensmännerkörpers sind groß. Darauf gestützt, wird der Verband weiterarbeiten und weiter steigen, weil es die Entwicklung bedingt und weil dies eine ehrene, geschichtliche Notwendigkeit ist. Vierzig Jahre des Kampfes und der Opferwilligkeit liegen hinter uns, schloß der Redner, wir stehen vor noch stärkeren und noch schärferen Kämpfen; auch diese wird der Verband meistern und das gesteckte Ziel — die Befreiung der Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet — erringen.

Wahlordnung zum Gewerkschaftskongreß

Für die Wahlen zum Gewerkschaftskongreß hat der Vorstand eine neue Wahlordnung vorgelegt. Der Verbandstag in Berlin (1930) hat den Vorstand, Beirat und Ausschuß des Verbandes beauftragt, die Rechtsfrage eines Antrages zu prüfen, nach welchem die Abgeordneten zu den Verbandstagen und zu Kongressen in selbständigen Wahlabteilungen durch die im Statut des Verbandes vorgesehenen Vertreterversammlungen gewählt werden können. Diese Vertreterversammlungen treten in allen Orten, wo wegen der großen Mitgliederzahl oder wegen räumlicher Ausdehnung des Wirkungsbereichs keine Gesamtmittgliederversammlungen abgehalten werden können, an deren Stelle. In der nun vorgelegten Wahlordnung ist dieser Antrag sinngemäß enthalten. Da bei den Wahlen — ob sie durch Urabstimmung oder in Vertreterversammlungen erfolgen — die Wirkung ziemlich die gleiche ist, bei den Urwahlen auch große Kosten entstehen, billigt der Beirat einstimmig die Vorschläge des Vorstandes. Die Bestimmungen über die Wahlen in Vertreterversammlungen gelten nur für die selbständigen Wahlabteilungen, in allen zusammengelegten Wahlabteilungen erfolgen die Wahlen durch Urabstimmung.

Vom Vorstand sind eine Reihe von Anträgen an den Gewerkschaftskongreß vorgelegt worden. Diese werden von dem Vorsitzenden Brandes erläutert und vom Beirat einstimmig angenommen. Der wichtigste Verhandlungspunkt war die Stellung zum Ablauf von Tarifverträgen des DMV in den nächsten Wochen.

Der Vorsitzende Brandes bespricht einleitend die Krise, die trotz günstigster Jahreszeit nur wenig von ihrer Schärfe verloren hat, ferner die damit zusammenhängende weitere Verschlechterung der Reichslöhne, die Vorschläge der Braunkohlenkommission zum Arbeitslosenproblem und die Absichten der neuen Notverordnung (deren Wortlaut während der Tagung noch unbekannt war). Es sei damit zu rechnen, daß die Notverordnung neue unerhörte Belastungen und soziale Verschlechterungen für die Arbeiterschaft enthält, die um so energischer abgewehrt werden müßten, wenn sie als einseitige Lastenverteilung zugunsten der Arbeiterklasse erfolgen. Die Düsseldorfer Tagung des Langnam-Vereins und andere Veröffentlichungen der Scharfmacher propagieren ein „Emporheben“. Sie verlangen völlige Bewegungs- und Tariffreiheit für das Unternehmertum und damit die Möglichkeit zu weiterem Lohndruck, sowie eine Abstellung der „kapitalstörenden“ Gesetze und Verordnungen, das heißt die Beseitigung der Sozialversicherung. Dabei sind in Deutschland seit der Inflation viele Milliarden Kapital neu gebildet und in die Industrie hineingesteckt worden. Die gegenwärtige Kapitalknappheit ist durch die ungeheure Kapitalfehllage der privaten Wirtschaftsführer entstanden; besonders das Monopolkapital ist für die Fehlleitungen verantwortlich. Diese Tatsache kennzeichnet das Gerade von den „kapitalstörenden“ Gesetzen“. Die Hauptversammlung der mitteldeutschen Metallindustriellen hat in scharfer Weise die 40-Stunden-Woche abgelehnt. Sie begründet diese Ablehnung mit der Vertiefung der Produktion, der Erhöhung der Ausschußgefahr und der Verschlechterung der Qualitätsarbeit. Die bisherigen Erfahrungen mit der 40-Stunden-Woche beweisen jedoch sowohl in Deutschland als

auch in Amerika das Gegenteil derartiger Behauptungen. Der wahre Grund für den Widerstand ist ein ganz anderer. Es ist die Furcht, daß mit der 40-Stunden-Woche die Elendsarmee vermindert und damit der Einfluß der organisierten Arbeiter gestärkt wird. Die

Einführung der 40-Stunden-Woche ist zwingend

geworden. Wir begrüßen deshalb den Beschluß des Leipziger Parteitages der SPD, der gleichfalls die 40-Stunden-Woche als eine der Hauptforderungen seines Wirtschaftsprogramms aufgestellt hat. Redner macht dann einige Ausführungen über die Debatten, die auf dem Parteitag in Leipzig hinsichtlich der Taktik gepflogen worden sind. Er wendet sich gegen das gemeingefährliche Treiben der RGO und der KPD, aber auch der KPO, durch das die Interessen der Arbeiterklasse und der Fortschritt der Arbeiterbewegung in schlimmster Weise geschädigt werden. Phrasen helfen uns nicht, und ebensowenig Beschlüsse, die aus einer Verzweiflungsstimmung geboren sind. Durch beides kommt die Arbeiterklasse nicht vorwärts. Es muß alles zur Abwehr der arbeiterschädlichen Pläne und zur Wiedereinschaltung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß geschehen.

An der Aussprache zu den Ausführungen des Kollegen Brandes beteiligten sich 14 Redner, die die Aussprache gestaltet sich sehr lebhaft. Über die taktischen Maßnahmen gegenüber den Plänen der Unternehmer herrschte Einmütigkeit. Den Äußerungen des Reichsarbeitsministers Stegerwald, nach denen dieser einer zweiten Lohnabbauwelle nicht zustimme, wird großes Mißtrauen entgegengebracht, nachdem für die sächsische Metallindustrie durch einen vom RAM bestimmten Sonderschlächter bereits wieder Lohnabbau erfolgt sei. Die Äußerungen von zwei Funktionären unseres Verbandes auf dem Parteitag in Leipzig wurden einer starken Kritik unterzogen. Einmütig ist der Beirat der Ansicht, daß die 40-Stunden-Woche als wirksames Mittel zur Einschränkung der Arbeitszeit propagiert und durchgesetzt werden muß. Überall dort, wo jetzt Kurzarbeit besteht, soll bei eintretendem besseren Geschäftsgang dahin gewirkt werden, daß nicht über 40 Stunden gearbeitet wird, solange für die Unternehmer die Möglichkeit zur Einstellung von Arbeitskräften besteht. Auf diese Weise erfolgt eine Entlastung des Arbeitsmarktes ohne Schaden für die Wirtschaft.

Die verzweifelte Stimmung der Massen wird in vollem Ausmaß gewürdigt, aber es wäre falsch, den „Kopf zu verlieren“ und diese Stimmung als Richtlinie für die Handlungen des Verbandes zu nehmen. Der Regierung Brüning muß mit aller Deutlichkeit von der SPD und von den Gewerkschaften gesagt werden, daß die Arbeiter allgemein und die Metallarbeiter im besonderen über die Grenze des Erträgliches hinaus belastet sind und daß ihre Geduld erschöpft ist. Auch die Unternehmer sollten sich keiner Täuschung über die Geduld der Arbeiter hingeben.

Der Beirat ist sich einig in der von dem Vorsitzenden zum Ausdruck gebrachten Ansicht, daß, wenn der Arbeiterschaft Unerträgliches zugemutet wird und die Grundlagen der Organisation angegriffen werden, die Tolerierung der jetzigen Regierung ihr Ende erreicht haben muß.

In seinem Schlußwort erklärt der Vorsitzende Brandes, daß sich jeder auf neue schwere Kämpfe einzustellen habe, Verzweiflungsstimmung und Fatalismus dürften die Gewerkschaftsfunktionäre nicht beherrschen. Die Feinde von rechts und links benutzen die gegenwärtige schwere Zeit, um den Verband zu erschüttern. Der Bankrott der RGO-Bewegung, der jetzt von der KPD offen zugegeben wird, zeigt, daß das verbrecherische Treiben der Kommunisten zwar die Arbeiterschaft ungeheuer schädigt, die Gewerkschaften aber unerschütterlich läßt. Der Verband lasse sich bei seiner Tätigkeit nach wie vor von dem Gedanken leiten, wie seinen Mitgliedern und der Gesamtarbeiterschaft am besten gedient und wie die Anschläge gegen die Interessen der Arbeiterklasse am besten abgewehrt werden können. Er lehnt jede Katastrophopolitik ab, die die Arbeiter in ein Chaos treiben und von der jeder den Anfang, aber nicht das Ende sieht, und wendet sich deshalb auch mit aller Schärfe gegen etwaige Maßnahmen der neuen Notverordnung, die die Verzweiflungsstimmung in den Massen noch steigern müssen. Wir werden auch die jetzigen furchtbaren Verhältnisse meistern durch höchstes kameradschaftliches und diszipliniertes, vom Vertrauen und der Treue zur Organisation beseeltes Zusammenarbeiten, allen üblen Gewalten zum Trotz!

Anderung der Gruppeneinteilung für den Reichsbeirat der Betriebsräte

Die Einteilung der Industriegruppen, auf Grund deren der Reichsbeirat der Betriebsräte zusammengefaßt ist, erfolgte im Jahre 1921. Bei der Berufs- und Betriebszählung im Jahre 1925 ist unter Mitwirkung der Arbeiterverbände eine andere Industriegruppeneinteilung vorgenommen worden, der wir uns anpassen müssen. Vom Vorstand wird eine solche Neueinteilung vorgelegt. Es sind 26 Gewerbegruppen gebildet worden, und die Bezirke mit den Hauptsitzen der wichtigsten Gruppen wählen Vertreter dieser Gruppen in den Reichsbeirat. Ergänzt wird dieser durch Vertreter der großen Konzerne der Metallindustrie. Die vom Vorstand vorgelegte Neueinteilung wird vom Beirat anerkannt. Nach Erledigung anderer innerer Organisationsfragen wurde die Tagung beendet. Sie war ein erfreuliches Zeichen von dem Opferwillen und dem Kampfeifer, der trotz aller Not und trotz der trüben Zeit unter den Metallarbeitern herrscht.

Die Miete — eine steigende Belastung

Man war vielfach der Meinung, daß der Mieterschutz in der Nachkriegszeit den Anteil der Miete an den Ausgaben des Arbeiter- und Angestelltenhaushaltes erheblich verminderte. Diese Tatsache besteht heute nicht mehr, einmal weil die Mieten in den Altlwohnungen in den letzten Jahren ständig erhöht wurden, zum anderen, da die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die in mit öffentlichen Zuschüssen gebauten Neubauwohnungen wohnen, ständig zunimmt. Neben 8 Millionen Altlwohnungen bestehen zur Zeit im Deutschen Reich 2 Millionen Neubauwohnungen, in welchen die Miete trotz der Verbilligung durch staatliche Zuschüsse unvergleichlich höher ist als in den Altlwohnungen.

Im letzten Vierteljahreshaft der „Wirtschaftskurve“ werden aufschlußreiche Berechnungen über die Höhe des Mietsanteils an den Ausgaben der Arbeiter- und Angestelltenhaushaltungen mitgeteilt. Vor dem Kriege hatte ein Haushalt gewöhnlich 15 bis 17 vH des Einkommens (nicht, wie irrtümlich behauptet wird, 20 bis 25 vH) für Miete ausgegeben. Nach der Steigerung der Mieten in den Altlwohnungen muß der Arbeiter oder Angestellte heute für Miete in den Altlwohnungen genau denselben Teil seines Einkommens verwenden wie vor dem Krieg. Die Haushaltungen, die in Neubauwohnungen leben, müssen dagegen einen viel größeren Teil ihres Einkommens für Miete verwenden als in der Vorkriegszeit. In den Angestelltenhaushaltungen beträgt der Mietsanteil an den Gesamtausgaben der Haushaltungen in Neubauwohnungen, die mit Hauszinssteuermitteln erbaut wurden, für Angestellte mit niedrigem Gehalt 27 bis 40 vH des Einkommens, in Wohnungen, die außer Hauszinssteuer auch mit Zusatzhypothek gebaut wurden, 22 bis 28 vH. Angestellte mit höherem Gehalt müssen in der ersten Gruppe von Neubauwohnungen 24 bis 36, in der zweiten Gruppe 22 bis 28 vH ihres Einkommens für Miete verwenden. Noch schlimmer ist es in den Arbeiterhaushaltungen, die je nach der Lohnklasse in Neubauwohnungen mit Hauszinssteuer und Zusatzhypothek 22 bis 32 vH ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen.

Die Berechnungen, die wir hier nur in grobem Umriss wieder gegeben haben, waren für die Zeit vor dem Lohn- und Gehaltsabbau gültig. Heute ist der Anteil der Miete an dem Einkommen erheblich gestiegen, da in der Krise die Mieten in Arbeiter- und Angestelltenwohnungen in der Regel der Fälle nicht ermäßigt wurden, das Einkommen der Mieter jedoch durch Lohnabbau und Kurzarbeit stark zusammenschrankte. Wie die Arbeitslosen aus den Unterstützungssummen Miete zahlen können, ist bei der geschilderten Lage geradezu rätselhaft. Wird die Arbeitslosenunterstützung vermindert, so ist die Weiterzahlung der Mieten ein Ding der Unmöglichkeit — man muß da auf einen allgemeinen Mieterstreik gefaßt sein. Die Abwanderung von größeren in kleinere Wohnungen, im übrigen ein vom gesundheitlichen Standpunkt bedauerlicher Vorgang, stößt wegen des Mangels an solchen Kleinwohnungen auf Schwierigkeiten.

7,5 Milliarden Einkommensausfall

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald schätzt den Einkommensausfall im Jahre 1931 auf 7,5 Milliarden. Das Institut für Konjunkturforschung bestätigt diese Rechnung im Wochenbericht Nr. 10. Es wird dort zunächst festgestellt, daß sich der konjunkturelle Rückgang des Arbeitseinkommens außerordentlich verschärft hat. „Alle Faktoren, die die Höhe des Arbeitseinkommens bestimmen, drängen nach unten, die Arbeitslosigkeit steigt noch weiter an. Die Kurzarbeit ist neuerdings zwar wieder etwas eingeschränkt worden, sie ist trotzdem aber noch erheblich größer als im Vorjahr. Zu diesen Einschränkungen im Arbeitsvolumen kommt nun noch die Senkung der Lohnsätze hinzu, die während der letzten Monate in fast allen Wirtschaftszweigen durchgeführt worden ist.“

Das Institut führt weiter an, daß die Gesamtzahl der Einkommensbezieher im Durchschnitt der ersten vier Monate dieses Jahres um gut 1,6 Millionen geringer gewesen ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres. Nach sehr vorsichtiger Schätzung wird der Einkommensausfall der Arbeiter, Angestellten und Beamten für das erste Vierteljahr dieses Jahres mit 1,5 Milliarden Mark oder 15 vH des Einkommens der gleichen Zeit wie im Vorjahre angenommen. Die Senkung der Tariflöhne hat in den wichtigsten Zweigen der Industrie 5 bis 7 vH betragen, in der neuesten Zeit seien weitere Lohnsenkungen durchgeführt. Der Abbau der überbetrieblichen Verdienste kommt noch hinzu.

Eine weitere Einkommensverminderung sieht das Konjunkturinstitut in der Erhöhung der Beitragsleistungen zur Arbeitslosenversicherung. Die inzwischen vorgenommenen Steuererhöhungen wirken in der gleichen Richtung. Dadurch tritt eine einschneidende Einkommensverschiebung ein. Der Umfang ist nicht gering, wenn man bedenkt, daß für die Unterstützung der Erwerbslosen allein im ersten Vierteljahr 1931 rund 900 Millionen aufgewandt wurden. Die Übertragung von Kaufkraft auf die Unterstützungsempfänger hat eine Verlagerung des Verbrauchs zur Folge. Die Beträge, die auf der einen Seite aufgebracht werden, werden auf der anderen Seite dazu verwendet, wenigstens die notwendigsten Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Die Verminderung der Einkommen hat eine Einschränkung in der Nachfrage nach Gütern des elastischen Bedarfs zur Folge. Man kann also getrost damit rechnen, daß im ersten Halbjahr 1931 ein Einkommensausfall von 3 bis 4 Milliarden Mark zu verzeichnen sein wird. Diese riesige Summe fehlt auf dem Warenmarkt und muß naturgemäß eine Stockung von Industrie und Handel im Gefolge haben.

Immer weiße Zähne

„Ich möchte Sie bitten, bei mir Ihren Mund bis zum nächsten Geburtstag zu besuchen. Ich bin hier für Sie bereit. Ich habe unter meine Zähne ein kleines, aber sehr wirksames Mittel in meine Zähne, um sie zu reinigen und sie weiß zu machen. Ich habe dieses Mittel schon seit Jahren in Gebrauch und es hat mich sehr geholfen. Ich möchte Sie bitten, es auch zu probieren.“

Metallarbeiter
Schlichter, Richter, Mediator, etc. in allen Fällen, die mit dem Metallarbeiterverband zu tun haben. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Zahnärztliche Behandlungen
Zahnärztliche Behandlungen aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Kollegen! Lest die Betriebsräte-Zeitschrift

„Ich möchte Sie bitten, bei mir Ihren Mund bis zum nächsten Geburtstag zu besuchen. Ich bin hier für Sie bereit. Ich habe unter meine Zähne ein kleines, aber sehr wirksames Mittel in meine Zähne, um sie zu reinigen und sie weiß zu machen. Ich habe dieses Mittel schon seit Jahren in Gebrauch und es hat mich sehr geholfen. Ich möchte Sie bitten, es auch zu probieren.“

Thronisches Geschiebe
Thronisches Geschiebe aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Wilhelm Pohl
Gesundheitsberatung. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Zuckerkrankheit
Behandlung der Zuckerkrankheit. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

ESU-Betten
ESU-Betten aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Einmachgläser
Einmachgläser aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

blauen Arbeitsanzüge
blauen Arbeitsanzüge aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Elektromotor
Elektromotor aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Salzyl-Pergament
Salzyl-Pergament aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Zur Gesichts-Bräunung
Zur Gesichts-Bräunung aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Sonderangebot in Berufskleidung
Sonderangebot in Berufskleidung aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Wäschefabrik Ansbach 19
Wäschefabrik Ansbach 19 aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Großer Preisabbau Billige Böhmisches Bettfedern
Großer Preisabbau Billige Böhmisches Bettfedern aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Einmachgläser
Einmachgläser aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Salzyl-Pergament
Salzyl-Pergament aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Einmachgläser
Einmachgläser aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Salzyl-Pergament
Salzyl-Pergament aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.

Einmachgläser
Einmachgläser aller Art. Adresse: Berlin, Wilhelmstr. 12, 1. Stock.